

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 2006
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Berlin kann nicht warten“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Berlin am 27. März 2006)

BERLIN KANN *nicht warten*

Programm zur Abgeordnetenhauswahl 2006

Für weitere Informationen oder bei
Fragen wenden Sie sich bitte an:

Freie Demokratische Partei
Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

Telefon: (030) 27 89 59 - 0
Telefax: (030) 27 89 59 - 17

fdp-berlin@fdp.de
www.fdp-berlin.de



Am 17. September:

 **Zweitstimme**

FDP

Berlin

Zeit für Macher.

FDP

Berlin

Liebe Berlinerinnen, liebe Berliner,

Berlin hat viele Chancen, aber hat der rot-rote Senat sie in den letzten Jahren für die Bürger genutzt? Diese Frage sollten Sie sich stellen, wenn Sie am 17. September Ihre Wahlentscheidung treffen.

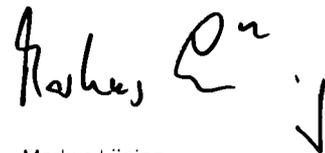
Ein Blick auf die PISA-Studie, das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenzahl zeigt: In der Schulbildung liegen wir ziemlich weit hinten und in der Wirtschaftsentwicklung liegen wir am Ende aller Bundesländer. Vorne liegt Berlin nur bei der Zahl der Arbeitslosen.

Andere Bundesländer entwickeln sich besser als wir, obwohl die Voraussetzungen nicht so gut sind wie bei uns. Wenn man sieht, dass Sachsen-Anhalt in der PISA-Studie innerhalb kürzester Zeit auf Platz 4 vorgerückt ist, wenn man sich anschaut, wie niedrig die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg und wie hoch das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz ist, dann sieht man, dass es auch anders geht. Bundesländer, in denen die FDP mitregiert, machen mehr aus ihren Möglichkeiten.

Die Berliner FDP tritt bei den Wahlen am 17. September an, damit Berlin seine Möglichkeiten endlich ausschöpfen kann. Das gilt natürlich nicht nur für Schule und Wirtschaft. Berlin soll in vielen Politikbereichen besser werden.

Wir, die Berliner Liberalen, wollen, dass Berlin keine weitere Zeit verschwendet. Wir wollen, dass der nächste Senat die Möglichkeiten der Stadt nutzt und die Chancen für die Berlinerinnen und Berliner umsetzt. Wie wir uns das im Einzelnen vorstellen, steht in diesem Programm. Wir meinen: Berlin kann nicht mehr warten.

Wenn Sie auch finden, dass es Zeit für einen Politikwechsel ist, wählen Sie am 17. September die Berliner FDP.



Markus Löning
Vorsitzender der Berliner FDP

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Präambel	6
Wirtschaftspolitik	8
Haushalt	13
Kindertagesstätten (Kita) und Schule	16
Hochschulen und Wissenschaft	22
Sozial- und Gesellschaftspolitik	26
Familienpolitik	29
Innenpolitik	31
Rechtspolitik	34
Integrationspolitik	37
Stadtentwicklung	39
Verkehrspolitik	42
Kulturpolitik	46
Medienstandort Berlin	48
Gesundheitspolitik für Berlin	50
Umwelt- und Energiepolitik	54
Verwaltungspolitik	58
Metropolregion Berlin	61
Stichwortverzeichnis	64

Präambel

■ Freiheit und Verantwortung der Bürger – Berlins große Chance

Für Liberale gehören Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammen. Freiheit ermöglicht Entfaltung des Einzelnen und Entwicklung des Gesamten. Verantwortung ist für den Erhalt der Gemeinschaft und die Sicherheit jedes Einzelnen nötig: Sicherheit für die nachfolgende Generation, für die, die sich nicht selbst helfen können, für die Erhaltung der Umwelt und für die Einhaltung gemeinsam vereinbarter Regeln. Die Zukunft unserer Stadt liegt in der Kreativität und Leistungsbereitschaft ihrer verantwortungsbewussten Bürger. Nur sie können die riesigen Chancen nutzen, die sich einer modernen Großstadt in der Mitte Europas heute bieten.

■ Politik auf klarer ethischer Grundlage

Politik für Berlin muss dem Prinzip der Nachhaltigkeit folgen, ohne dabei gestrig, fortschrittsfeindlich oder dogmatisch zu sein. Die FDP vertritt eine offene, zukunftsorientierte Politik, die neuartigen Problemlösungen aufgeschlossen gegenübersteht und wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt unterstützt. Berlin braucht eine umweltverträgliche und generationengerechte Politik, die zugleich innovativ und weltoffen ist. Sie steht im Gegensatz zu ideologischer Verbohrtheit, Misstrauen gegenüber allem Neuen und kleinkariertem rückwärtsgewandter Engstirnigkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger Berlins finden die Oberflächlichkeit schwer erträglich, mit der unsere Metropole derzeit regiert wird. Sie vermissen Ernsthaftigkeit, Visionen und neue Ideen.

■ Berlin: Trendsetter für gesellschaftliche Entwicklungen

Die Folgen der Globalisierung sind hier noch stärker zu spüren als anderswo. Das gilt für den Übergang vom Industrie- zum Dienstleistungsstandort. Und es gilt für die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer komplexer und älter werdenden Gesellschaft. Die Integration der Migrantinnen und Migranten erfordert verstärktes Bemühen von beiden Seiten. Die FDP will ein weltoffenes und tolerantes Berlin, in dem sich alle an die Regeln unserer Verfassungsordnung halten.

■ Bewältigung der Schulden – zentrale Aufgabe

Die schwierige Aufgabe der Bewältigung des ungeheuren Schuldenbergs muss von den Wurzeln her angegangen werden. Ob Berlin diese Herausforderungen positiv bewältigt oder daran scheitert, wird davon abhängen, inwieweit es seine konstruktiven Kräfte bündeln und seine vielfältig vorhandenen Potenziale ausschöpfen kann.

■ Höchste Priorität für Bildung

Im Zeitalter der Globalisierung sind Bildung und Innovation die entscheidenden Standortvorteile. Deshalb muss Berlin zur Bildungshauptstadt werden – von der vorschulischen Bildung bis zu den Universitäten. Dabei sind Wettbewerb und Eigenverantwortung der einzelnen Träger die Erfolgsgeheimnisse. Private Initiativen dürfen nicht gehemmt, sondern müssen ermutigt werden.

■ Arbeitsplätze als Voraussetzung für Wohlstand

Nur unternehmerisches Denken schafft langfristig Arbeitsplätze. Neue Unternehmen und Arbeitsplätze müssen her. Unternehmerische Aktivitäten müssen, wo immer es geht, erleichtert und nicht behindert werden. Bürokratie und zahlreiche unsinnige Regelungen hemmen Kreativität und Wachstum und vernichten Arbeitsplätze. Potenzielle Investoren für den Standort Berlin werden dadurch abgeschreckt.

■ Aktive Bürgergesellschaft: Der Schlüssel zum Erfolg unserer Stadt

Die aktive Bürgergesellschaft kann viele Probleme lösen, die heute nur verwaltet werden. Solidarisches Miteinander und Wettbewerb sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Die Lösung der sozialen Probleme in Berlin muss auch durch private Initiativen, durch Vereine, durch Sponsoring und andere Formen des bürgerschaftlichen Engagements erfolgen. Diese werden viel zu oft behindert und in ihren Aktivitäten eingeschränkt.

■ Berlin braucht eine bessere Regierung

Berlin wird seit langem unter seinen Möglichkeiten regiert. Es braucht endlich einen personellen und politischen Wechsel. Dann kann die Stadtpolitik den Entwicklungen gerecht werden, die von bürgerschaftlichem Engagement in kulturellen und gesellschaftlichen Gruppierungen bereits heute angeschoben worden sind. Wir wollen Berlin zum Motor für neue politische Konstellationen in ganz Deutschland machen.

Wirtschaftspolitik

Nur eine starke Wirtschaft schafft Arbeitsplätze für die Menschen in Berlin. Deshalb stehen unsere Ideen zur Wirtschaftspolitik am Anfang unseres Programms.

■ Was wir erreichen wollen

Unser Ziel ist, den Wirtschaftsstandort Berlin zu stärken, um die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Wir wollen, dass sich mehr Betriebe in Berlin gründen oder ansiedeln. Die Zahl der Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt muss deutlich steigen.

■ Unsere Grundsätze in der Wirtschaftspolitik

Durch mehr Freiheit, mehr Wettbewerb und die Förderung von Leistung verbessern wir die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln. Die Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen. Geschaffen werden müssen die Arbeitsplätze von bestehenden und neugegründeten Unternehmen. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen stetig verbessern, damit sich unternehmerische Aktivitäten wieder stärker lohnen.

Berlin steht im Wettbewerb. Wir wollen besser werden, als wir waren, und wir wollen, dass Berlin in Zukunft auf allen Gebieten der Wirtschaftsleistung im Vergleich der Bundesländer im oberen Drittel steht.

■ Konkrete Schritte

■ Gründungs- und Ansiedlungsoffensive für innovative Unternehmen

Sämtliche Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass sie der Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem im produzierenden Gewerbe dienen und zur Gründung bzw. Ansiedlung von innovativen Unternehmen beitragen. Darüber hinaus müssen die Chancen Berlins im Dienstleistungsbereich genutzt werden. Die Verdrängung von Arbeitsplätzen durch die Wettbewerb verzerrenden Ein-Euro-Jobs muss beendet werden.

Existenzgründer müssen vor allem auch in den ersten Jahren nach ihrer Gründung (Konsolidierungsphase) durch qualifizierte Beratungsangebote unterstützt werden.

■ Förderprogramme überprüfen

Alle Förderprogramme müssen grundsätzlich evaluiert werden, indem Förder- und Verwaltungskosten dem jeweiligen Nutzen bzw. Erfolg gegenübergestellt werden.

Ziel ist es, nur die Förderprogramme fortzuführen, die sich als wirksam und effizient erwiesen haben.

Die Wirtschaftsförderung muss auf Zukunftsbranchen konzentriert werden: Gesundheitswirtschaft, speziell Biotechnologie; Informations- und Kommunikationswirtschaft; Kreativ- und Medienwirtschaft, Verkehrswirtschaft und Logistik. Förderprogramme sind durch Senatsbeschluss aufzulegen und durch unabhängige Dritte zu kontrollieren und evaluieren. Es werden keine Förderprogramme aufgelegt, die vorrangig Mitnahmeeffekte von Fördermitteln des Bundes oder der EU verfolgen.

■ Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) ausbauen und Tempelhof offen halten

Die FDP will den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International; allein der Baubeginn wird eine Investitionswelle auslösen. Bis zum Jahre 2010 werden ca. 25.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Der innerstädtische Flughafen Tempelhof soll nicht geschlossen werden. Er ist keine Alternative zu BBI Schönefeld, sondern eine höchst attraktive Ergänzung.

■ Entbürokratisierung und Deregulierung

Damit Staat und Verwaltung sich nicht immer weiter aufblähen, sollen neu beschlossene Gesetze und Verordnungen grundsätzlich eine Laufzeit von maximal fünf Jahren haben.

Damit Staat und Verwaltung privates oder wirtschaftliches Handeln nicht unnötig behindern, sollen Genehmigungsverfahren in der Regel in Anzeigeverfahren umgewandelt werden. Bürger und Unternehmen dürfen keinen Schaden erleiden, wenn die Verwaltung zu langsam ist.

Die z. T. überzogenen und mittelstandsfeindlichen Entgelte, die von Einzelhändlern, Gaststätten etc. für die Nutzung des Straßenlandes vor ihren Betrieben durch Hinweistafeln, Markisen, Weihnachtbeleuchtung, Stehtische und Kleinwerbung gefordert werden, sind zu überprüfen und weitgehend abzuschaffen. Nach Einrichtung der Ordnungsämter ist die Einforderung dieser Entgelte ein probates Mittel geworden, auf einfachem Wege die Einnahmen der Bezirke zu erhöhen und den Mittelstand unangemessen zu belasten.

■ **Privatisierungen einleiten**

Es gilt der Grundsatz: Privat kommt vor Staat! Deshalb sind möglichst alle Landesbetriebe zu privatisieren.

Privatisierungen sollen nicht Monopole zementieren, sondern Wettbewerb zu Gunsten des Verbrauchers schaffen. Um nur einige Beispiele für eine zügige Privatisierung zu nennen: der Großmarkt, die Stadtgüter Berlin, die Berliner Energie Agentur, die BEHALA, die Wohnungsbaugesellschaften, die Messe Berlin, Vivantes.

- Kündigung der Zielvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der BSR, damit konkret benannte Leistungsumfänge ausgeschrieben werden können. Bis spätestens Anfang 2008 soll eine marktwirtschaftliche Wettbewerbssituation erreicht werden.
- Kündigung des aktuellen Tarifvertrages zwischen dem Land Berlin und der BVG. Umgehende Ausschreibung von Losgrößen; die Veräußerung der landeseigenen Anteile an der BVG ab 01.01.2008.
- Die verbraucherfeindliche Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe soll im Sinne der Bürger rückabgewickelt werden.

■ **Public-Private-Partnership (PPP)**

Public-Private-Partnership ist die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur Finanzierung staatlicher Aufgaben. PPP kann in der angespannten Haushaltslage ein sinnvoller Weg sein, dringend notwendige Investitionen zu tätigen, z. B. bei Schulen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass PPP dort zum Einsatz kommt, wo es für die Berlinerinnen und Berliner Vorteile bringt. PPP darf jedoch nicht dazu führen, dass ausschließlich oder überwiegend Risiken sozialisiert, Gewinne jedoch privatisiert werden.

■ **Unternehmensbesteuerung reformieren und Gewerbesteuer absenken**

Niedrige lokale Steuern sind ein besonders wichtiges Mittel zur Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Als ein erster Schritt soll der Gewerbesteuerhebesatz in Berlin auf einen im bundesdeutschen Vergleich, vor allem im Wettbewerb mit dem Umland von Berlin und den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, attraktiven Satz reduziert werden. Mittelfristig muss die Gewerbe-

steuer durch kommunale Zuschläge in Einkommens- und Körperschaftssteuer integriert werden.

Die Grundsteuer ist grundlegend zu vereinfachen. Anstelle überholter Einheitswerte soll die Kommune sie künftig auf bebaute bzw. unbebaute Flächen abstellen. Die kommunale Selbstverwaltung soll gestärkt und der Wettbewerb untereinander gefördert werden. Eine weitere Erhöhung bzw. Verschärfung der Grundsteuer wird entschieden abgelehnt.

Die Unternehmensbesteuerung ist grundlegend mit dem Ziel der Steigerung der Standortattraktivität für in- und ausländische Investoren zu reformieren. Die maximale Unternehmenssteuerbelastung sollte sich rechtsformneutral – d. h. für Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen – unter Einschluss des Ersatzes der Gewerbesteuer – auf unter 30 % belaufen.

Wir lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie die große Koalition für den 01.01.2007 mit Billigung des rot-roten Senats plant, entschieden ab. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer dämpft die Binnenkonjunktur und kostet Arbeitsplätze.

■ **Standortmarketing**

Den Wirtschaftsstandort Berlin attraktiver zu machen und am Markt zu positionieren, ist eine vordringliche Aufgabe der Politik. Die FDP wird die Ansiedlungsagenturen zusammenführen und weiter professionalisieren und kurzfristig eine offensive Strategie für das Marketing des Standortes entwickeln und konsequent umsetzen – Berlin kann nicht warten!

■ **Standortfaktoren positiv beeinflussen – einige Beispiele:**

- Qualität der Infrastruktur verbessern,
- Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit innovativen Unternehmen durch verbesserte Rahmenbedingungen und gezielte finanzielle Exzellenzförderung fördern,
- bestehende Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote für Berufe im produzierenden Sektor erweitern,
- eine moderne Managementkultur in den öffentlich verwalteten Bereichen der Wissenschaft und der Berliner Verwaltung durchsetzen (Leistungsprinzip, Budgetverantwortung, Controlling von Output und Effizienz, Kundenorientierung, Wettbewerb durch Transparenz),

- Anreize für Unternehmen schaffen, Ideen und Konzepte umzusetzen, die sie besonders familienfreundlich machen. Ziel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
 - die in Berlin vorhandenen Potenziale in den Bereichen Kultur, Tourismus, Messen, Großveranstaltungen und Sport stärken sowie offensiv vermarkten,
 - die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben.
- **Modellregion für den Arbeitsmarkt**

Um die Wirksamkeit alternativer Vorschläge der regionalen Arbeitsmarktpolitik zu überprüfen (Wettbewerb der Länder und Konzepte), sollen Berlin und Brandenburg gemeinsam den Status einer Modellregion erhalten.

So entstehen Freiräume z. B. für eine verstärkte Nutzung von privaten Arbeitsvermittlungen, die flächendeckende Einrichtung von Job-Points, die Stärkung der Zeitarbeit etc.

Eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik braucht vor allem andere Rahmenbedingungen auf Bundesebene, z. B. die Senkung der Lohnnebenkosten, die Neustrukturierung der Bundesagentur für Arbeit, die Anwendung des speziellen Kündigungsschutzes erst ab einer Betriebsgröße von 50 Mitarbeitern, eine Flexibilisierung der Tarifverträge sowie eine Überarbeitung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die FDP hat hierzu bereits auf Bundesebene konkrete Schritte vorgeschlagen und wird sich weiter dafür einsetzen, dass diese umgesetzt werden.

Haushalt

Sparsamkeit und ausgeglichene öffentliche Haushalte sind aus liberaler Sicht zentrale Voraussetzungen für alle Politikfelder. Die angespannte Lage des Landeshaushaltes und die damit eingeschränkte Handlungsfähigkeit Berlins belegen den dringenden Handlungsbedarf.

■ Was wir erreichen wollen

Berlin braucht bis 2011 einen ausgeglichenen Haushalt, damit es seine verfassungsrechtlichen Aufgaben erfüllen kann. Darüber hinaus muss der politische Handlungsspielraum für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Jede verantwortliche Politik für das Land verlangt eine Konsolidierung des Landeshaushaltes – dies ist oberstes Ziel liberaler Haushaltspolitik.

■ Unsere Grundsätze in der Haushaltspolitik

Die FDP verfolgt zur Haushaltskonsolidierung eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung, dies führt zu höheren Steuereinnahmen. Gleichzeitig muss die Effizienz im Umgang mit öffentlichen Mitteln gesteigert werden. Effizientes Handeln ermöglicht gleiche Leistung zu geringeren Kosten. Eine wirksame Maßnahme, Effizienz zu steigern, ist die Schaffung wettbewerblicher Strukturen und Prozesse durch Transparenz und Vergleichbarkeit.

■ Konkrete Schritte

■ Umfassende Prüfung,

in welchen Bereichen Berlin gegenüber anderen Bundesländern überausgestattet ist bzw. durch die Politik bislang ausgestattet wird, mit dem Ziel der Anpassung dort, wo Wachstumspotenziale nicht beeinträchtigt werden.

■ Weitere konsequente Verringerung der öffentlichen Ausgaben durch:

- Grundsätzlichen Finanzierungsvorbehalt für die ausgabewirksamen Forderungen aller Politikbereiche,
- Abschluss konkreter Leistungsverträge mit Institutionen des Landes,
- Einführung eines Kriterienkatalogs als Basis einer erfolgsorientierten Vergütung des Managements öffentlicher Unternehmen,
- genaue Aufgabedefinition und Positionierung aller institutionellen Zuwendungsempfänger öffentlicher Mittel als Basis von Evaluation und Transparenz,
- Abbau unnötiger Leistungen im Wege der Aufgabenkritik.

■ Vermögensveräußerung und Privatisierung

Privatisierung fördert Freiheit und Wettbewerb. In der aktuellen Haushalts-situation reduziert sie Kosten, finanzielle Risiken und Schulden. Nötig sind:

- Vermögensauflistung,
- Professionelles Beteiligungsmanagement und -controlling,
- Veräußerung der Landesbeteiligungen,
- Veräußerung von Liegenschaften des Landes Berlin,
- Reduzierung der Haftungsrisiken des Landes für seine Beteiligungen.

■ Reform der Haushaltswirtschaft

Der traditionelle kameralistische Haushalt wird den heutigen Anforderungen an eine transparente Haushaltswirtschaft nicht mehr gerecht, da er den Ressourcenverbrauch nicht erkennen lässt. Bis 2011 will die FDP daher die doppelte Buchführung (Doppik) landesweit einführen, sowohl in der Hauptverwaltung als auch in den Bezirksverwaltungen. Um Verwaltungsleistungen überall vergleichbar und steuerbar zu machen, wollen wir gleichzeitig die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in der gesamten Verwaltung einführen. Durch diese Maßnahmen wird der Haushalt transparent für die Politik und ermöglicht zudem eine effektive Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung.

■ Konsequenter Abbau von Personalkosten,

indem die Mitarbeiterzahl nach einer umfassenden Aufgabenkritik im Rahmen einer Verwaltungsreform auf maximal 100.000 bis zum Jahr 2012 reduziert wird. Diese Forderung bettet sich ein in eine rasche Verwaltungsreform. Wichtige Einzelmaßnahmen:

- Betriebsbedingte Kündigungen beim Land Berlin ermöglichen,
- grundsätzlicher Verzicht auf Beschäftigungssicherungsgarantien,
- leistungsgerechte Bezahlung mit variablen Gehaltsbestandteilen einführen,
- elektronische Leistungs- und Zeiterfassung in allen Verwaltungen einführen,
- Kriterien für Frühverrentung und Frühpensionierung überarbeiten,
- Altersteilzeit abschaffen.

■ Reform der Finanzverfassung

Der Finanzausgleich zwischen den Ländern muss grundlegend reformiert werden. Ziel ist es, die Steuerautonomie des Landes zu stärken. Erfolge des Landes bei der Erhöhung des Steueraufkommens durch eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung und der Verringerung der Kosten müssen im Land verbleiben. Der Wettbewerb auf Landesebene muss belohnt werden!

Kindertagesstätten (Kita) und Schule

Neben der Förderung der Wirtschaft und – damit zusammenhängend – der Konsolidierung des Haushalts nimmt das Thema Bildungspolitik die wichtigste Rolle im Programm der FDP für die Abgeordnetenhauswahl 2006 ein. Was die Bildungseinrichtungen leisten und was in ihnen geleistet wird, bildet den Grundstock für unsere Zukunft. Im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern und im internationalen Vergleich hat Berlin hier einen großen Aufholbedarf.

■ Was wir erreichen wollen

Die Bildungseinrichtungen Berlins, speziell die Schulen, sollen die Begabungen und Fähigkeiten unser Kinder optimal fördern.

■ Unsere Grundsätze in der Bildungspolitik

Eigenverantwortung und Wettbewerb an unseren Schulen führen zu besseren Ergebnissen. Die Kitas und Schulen sollen selber entscheiden, auf welchem Weg sie unseren Kindern die beste Bildung vermitteln. Zentral koordinierte Vergleichsarbeiten, zentrale Prüfungen und ein Schulranking ermöglichen Transparenz und die Überprüfung durch die Eltern, Schüler und Lehrer. Eine hinreichende Finanzierung der Bildungseinrichtungen muss gewährleistet sein!

■ Konkrete Schritte

■ Finanzierung der Bildungseinrichtungen

Kitas und Schulen brauchen eine faire und auskömmliche Finanzierung, damit sich Qualität und Vielfalt entwickeln können. Die FDP will künftig die Schulen nach Kostensätzen entsprechend der Anzahl der Schülerinnen und Schüler vom Staat finanzieren lassen, mit einem sozialen Ausgleich. Über diese Mittel sollen die Schulen weitestgehend selber verfügen und insbesondere ihr Personal künftig selbst auswählen und einstellen. (Dienstherreneigenschaft: Entscheidungen werden vor Ort getroffen, nicht in der Amtsstube der Personalvertretung!)

■ Stärkung der Kitas

Der Besuch von Kindertagesstätten stärkt Kinder im kognitiven und sozialen Bereich, baut sprachliche Defizite ab und überbrückt kulturelle Unterschiede. Eine intensive Betreuung mit einem qualitativ hochwertigen Bildungsangebot für alle Kinder im vorschulischen Alter ist die Basis für die Chancengerechtigkeit, die für ein sozial ausgewogenes Bildungssystem unverzichtbar ist.

Die FDP favorisiert ein vorschulisches Bildungs- und Betreuungsangebot, das von freien Trägern angeboten wird. Deren Angebot ist qualitativ hochwertig, vielseitig, auf den Elternwillen abgestimmt und außerdem günstiger zu haben. Noch bestehende Eigenbetriebe der öffentlichen Hand werden aufgelöst.

Die Beitragsfreiheit für die vorschulische Bildung und Betreuung soll in Berlin mittelfristig für fünf Stunden pro Tag verbindlich werden.

■ Kita-Gütesiegel

Die FDP empfiehlt den Kitas und Tageseltern, sich akkreditieren zu lassen (Stiftung Warentest für Kitas und Tageseltern). Diese Bewertung und Anerkennung führt zu mehr Transparenz und kann gleichzeitig als Gütesiegel dienen.

■ Start-Klasse für bessere Startchancen

Alle Kinder sollen vor dem regulären Schulbeginn ein Jahr lang die Start-Klasse besuchen. In Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung von Kita und Schule sollen die Vorschulkinder altersgerecht auf die Schule vorbereitet werden. Ziel ist der Abbau von Defiziten im Sprach-, Entwicklungs- und Kenntnisstand, Begabungen zu fördern und den Start in die Schule zu erleichtern. Die Integration der Kinder ausländischer Mitbürger wird dadurch unterstützt. Die Start-Klasse gewährleistet mehr Chancengerechtigkeit – diese ist unverzichtbar, um soziale Benachteiligungen auszugleichen. Mit der Einführung der Start-Klasse wird die Schuleingangsuntersuchung ein Jahr vorgezogen, ein Sprachtest wird obligatorisch.

■ Ranking

Eltern und Schüler sollen wissen, wie die eigene Schule im Vergleich abschneidet. Nur durch Transparenz entsteht Wettbewerb zwischen den Schulen um die beste Qualität und Leistung. Die Schulleistung soll in unterschiedlichen Feldern und Kategorien dargestellt und in einem klaren Rahmen erhoben und seriös publiziert werden.

■ Recht auf Unterricht

Der Unterricht fällt in Berlin zu häufig aus, so dass der Unterrichtserfolg für die einzelnen Schüler und Schülerinnen in Frage gestellt wird. Damit muss Schluss sein! Alle Schüler und Schülerinnen haben ein Recht auf Unterricht und hierfür hat der Staat zu sorgen. Insbesondere im Hinblick auf die neu eingeführten

zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten ist dies von herausragender Bedeutung. Kurzfristig erhalten die Schulen neben der 100%igen Personalausstattung ein Budget von 5 % der Personalkosten, um den Unterrichtsausfall an ihrer Schule flexibel beheben zu können.

■ **Individuelle Förderung**

Das Prinzip „Stärken stärken und Schwächen abbauen“ verlangt spezielle Fördermaßnahmen für die besonders schwachen und für die besonders starken Schüler. Ohne besondere Förderung geraten sowohl Hochbegabte als auch Kinder mit Lernhemmungen schnell ins Abseits. Keine Gesellschaft kann sich dies auf Dauer leisten. Den Liberalen ist es wichtig, dass lernschwachen Kindern individuelle Förderung zuteil wird. Den Liberalen ist es auch wichtig, dass für Hochbegabte eine gezielte Förderung zur Verfügung gestellt wird. Hier mangelt es bereits im Vorfeld an Möglichkeiten, um Hochbegabung wie auch Lernschwächen festzustellen. Deshalb will die FDP die Diagnosefähigkeit bei Erzieherinnen und Lehrern verbessern, die betroffenen Kinder unterstützen und sie so gezielt fördern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Integration von Kindern mit Behinderungen in den Betrieb der Regelschule, wo immer dies möglich ist. Dieser Grundsatz ist ein wichtiger Baustein für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an allen gesellschaftlichen Bereichen.

■ **Vielfalt der Schulen und Schultypen**

Mit der Vielfalt der Bildungseinrichtungen wächst die Möglichkeit des Vergleichs und des Wettbewerbs sowie des Eingehens auf individuelle Besonderheiten und Vorlieben. Darum sollen unterschiedliche Schulformen bewahrt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Der Elternwille und nicht der Wohnort soll für die Wahl der Schule ausschlaggebend sein, die Grundschulen sind dabei mit einbezogen.

■ **Freie Schulen sind Teil der Bildungsvielfalt**

Bildungsvielfalt braucht auch Schulen in freier Trägerschaft. Damit weitere Neugründungen ermöglicht werden, muss es Ziel sein, den „Freien Schulen“ mindestens 80 % der vergleichbaren Schülerkostensätze an öffentlichen Schulen zu erstatten!

■ **Ganztagsschulen**

Berlin soll bedarfsgerecht mit Ganztagsschulangeboten versorgt werden. Hierfür kooperieren die Schulen mit freien Trägern, Sportvereinen und bezirklichen Musikschulen und Volkshochschulen. Zwei Ziele stehen im Vordergrund: Ganztagsangebote erhöhen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erweitern das Bildungsangebot. Eine allgemeine Ganztagsschulpflicht lehnt die FDP ab. Durch die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre muss ein regulärer Ganztagsbetrieb in der Sekundarstufe I und II (inkl. Verpflegung) ermöglicht werden.

■ **Wahlpflichtfach Religion / Ethik**

Religion / Ethik soll als Wahlpflichtfach eingeführt werden. Ziel ist, durch die Begegnung mit einer Religion oder Konfession und durch Einblicke in das Werte- und Glaubensgefüge anderer Religionen und Weltanschauungen die Entwicklung eines eigenen Wertegerüsts im Kind aktiv und frühzeitig zu fördern. Der Religionsunterricht soll ausschließlich durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte erfolgen.

■ **Sanierung der Schulgebäude**

Der Zustand der Berliner Schulgebäude soll schnell verbessert werden. Die vorhandenen Mittel und Investitionsprogramme sollen zusammengefasst werden; alle Möglichkeiten zur Beteiligung von privaten Förderern sollen genutzt werden.

■ **Einführung der Sommerschule**

Auf freiwilliger Basis soll Schülern und Schülerinnen im Rahmen von Sommerschulen die Möglichkeit gegeben werden, Wissenslücken zu schließen und neue Anregungen, auch im kulturellen und sportlichen Bereich, zu erfahren.

■ **Girl's und Boy's Day**

Der Girl's Day soll beibehalten werden und um einen Boy's Day ergänzt werden; diese Einrichtungen werden gestärkt durch intensive Vernetzung und Bindung der beteiligten Schulen und Unternehmen.

■ **Reformierte Lehrerbildung**

Die bestehenden Lehramtsstudiengänge werden auf Bachelor und Master umgestellt und müssen mit einem deutlich erhöhten Praxisbezug (frühzeitig

einsetzend und kontinuierlich studienbegleitend) versehen werden. Angehende Lehrer bekommen somit frühzeitig einen intensiven und realistischen Einblick in den Berufsalltag. An den Bachelor schließt sich ein Master Lehramtsstudiengang an, dessen erfolgreicher Abschluss Voraussetzung für die volle Lehramtsbefähigung ist.

■ **Schul- oder Lernassistenten**

Der erfolgreiche Abschluss eines Bachelor-Studiengangs soll für die Aufnahme einer Tätigkeit als Schül*innenassistent an den Berliner Schulen qualifizieren. Der Bedarf der Grundschulen (Abbau von Sprachbarrieren, frühzeitige und individuelle Förderung) zeigt schon jetzt ein potenzielles Tätigkeitsfeld für Schül*innenassistenten. Dem erfolgreichen Vorbild aus anderen Ländern folgend (z. B. Finnland) können Schül*innenassistenten flächendeckend den Unterricht unterstützen und Förderunterricht geben.

■ **Unverzügliche Besetzung freier Schulleiterstellen**

Die FDP wird dafür eintreten, dass die vakanten Schulleiterstellen zügig mit kompetenten und engagierten Lehrerinnen und Lehrern neu besetzt werden. Die langwierigen Besetzungsverfahren sollen entbürokratisiert und beschleunigt werden.

■ **Lehrereinsatz würdigen**

Das Engagement vieler Berliner Lehrkräfte wird häufig nicht in ausreichendem Maße gewürdigt. Die verbreitete pauschale Lehrerschelte darf nicht hingenommen werden – schließlich wollen die Liberalen den Lehrerberuf gesellschaftlich aufwerten. Angesichts der Tatsache, dass die Belastungen im Schulalltag kontinuierlich gestiegen sind, bedarf es unterstützender Maßnahmen. Die FDP setzt sich für eine Personal- und Einsatzplanung durch die einzelnen Schulen sowie für mehr Arbeitszeitgerechtigkeit ein.

■ **Erzieherausbildung verbessern**

Die FDP will die Erzieherausbildung verbessern. Die Erprobungsmodelle zur Qualifizierung der Ausbildung, so z. B. an der Fachhochschule Alice Salomon, müssen unterstützt und ausgeweitet werden. Kurzfristig streben wir an, dass zumindest die Kita-Leiterinnen einen Bachelor-Abschluss im Bereich der Pädagogik / Erziehungswissenschaften vorweisen können.

■ **Lebenslanges Lernen**

Bildung, auch vorberufliche Ausbildung sowie berufliche Aus- und Weiterbildung sind wichtigster und nachhaltigster Rohstoff für die Bürgergesellschaft, die kulturelle Kraft sowie die Wettbewerbsfähigkeit Berlins.

Die berufliche und außerberufliche Praxis wandelt sich immer schneller und erfordert eine ständige Überprüfung und Erneuerung des einmal Gelernten. Insoweit darf „Lebenslanges Lernen“ keine leere Worthülse sein, sondern sollte vom frühen Kindes- bis ins hohe Rentenalter ernsthaft gelebt werden.

Die FDP macht es sich zur Aufgabe, die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern.

Neben Kita, Schule und Hochschule sind insoweit die bezirklichen Bildungseinrichtungen, also Volkshochschule und Musikschule, zu sichern und für die neuen Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Hochschulen und Wissenschaft

Aus dem lokalen Bildungsthema Schule wird ein Thema von nationaler und internationaler Bedeutung, wenn es um die Erweiterung unseres Wissens an Hochschulen und außer-universitären Forschungseinrichtungen geht. Dieser Bereich ist für die Zukunft unserer Stadt langfristig von besonderer Bedeutung. Gelingen hier nachhaltige Verbesserungen, sind die Folgen für nahezu sämtliche Bereiche Berlins am deutlichsten spürbar.

■ Was wir erreichen wollen

Berlin soll der attraktivste Wissenschaftsstandort Deutschlands bleiben und in Europa zur Spitze aufschließen. Exzellente Forschung, ein effektiver Wissenstransfer und hervorragende Studienangebote ziehen Studierende, Wissenschaftler und Unternehmen aus aller Welt an und sichern eine nachhaltige Zukunftsperspektive für die Region Berlin-Brandenburg.

■ Unsere Grundsätze in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Wissenschaft lebt vom Wettbewerb – einem Wettbewerb um Ideen und Lösungen sowie um Wissenschaftler und Studierende. Um den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nutzen zu können, brauchen die Hochschulen Autonomie und Eigenverantwortung, sie brauchen einen Zugang zu zusätzlichen Ressourcen, die es ihnen ermöglichen, international in Forschung und Lehre dauerhaft erfolgreich zu sein. Sie brauchen aber auch einen finanziellen Anreiz, um die wirtschaftliche Verwertung ihres Wissens zu verfolgen. Was Hochschulen nicht brauchen, sind Politiker, die in die interne Organisation und Schwerpunktsetzung von Wissenschaft reinreden. Wir beschränken uns daher in unserem Programm auf politische Aussagen zum Ordnungsrahmen der Wissenschaft.

■ Konkrete Schritte

■ Hochschulautonomie

Berlin soll wieder Vorreiter bei der Reform des deutschen Hochschulsystems werden. Erstes Ziel bei einer Reform des Berliner Hochschulgesetzes ist es, den Hochschulen Freiraum bei der Ausgestaltung ihrer Leitungs- und Entscheidungssysteme zu geben.

Die Hochschulen brauchen Autonomie und Eigenverantwortung statt staatliche Bevormundung, um ihre wissenschaftlichen Strukturen fortzuentwickeln.

Wichtige Aspekte dieser Autonomie sind die Verlagerung des Berufsrechts an die Hochschulen, der Abschluss eines eigenen Wissenschaftstarifvertrags, die

Freiheit, Studienentgelte erheben zu dürfen, die Schaffung attraktiver Anstellungsmöglichkeiten für Professorinnen und Professoren außerhalb des Beamten-tums und die Einrichtung neuer Personalgruppen mit höherer Lehrverpflichtung (Lecturer).

Im Gegenzug zu einer langfristigen Garantie der staatlichen Finanzierung durch entsprechende Hochschulverträge werden Vereinbarungen über die großen hochschulpolitischen Ziele getroffen und die Benchmarks festgelegt, an denen sich alle Institutionen messen lassen müssen.

■ Studienentgelte / Bildungsgutscheine

Die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Berliner Hochschulen muss erhöht werden. Hierfür bedarf es einer besseren Finanzausstattung unserer Hochschulen. Um die Qualität der Lehre an den Berliner Hochschulen nachhaltig zu verbessern, werden daher in Zukunft die Studierenden einen Eigenanteil an den Kosten zu tragen haben.

Alle Berliner Hochschulen sollen Studienentgelte bis zu einer Grenze von zunächst 600 Euro pro Semester erheben dürfen und über ihre Ausgestaltung und Höhe in diesem Rahmen selbst entscheiden. Die hieraus erzielten Einnahmen werden selbstverständlich nicht mit dem Landeszuschuss verrechnet, sondern geben den Hochschulen einen zusätzlichen Leistungsanreiz für gute Studienbedingungen.

Zur Finanzierung dieser Entgelte durch die Studierenden werden, vom Land koordiniert, Studiendarlehen eingeführt, die nach Abschluss des Studium einkommensabhängig zurückzuzahlen sind.

Ein Teil des staatlichen Zuschusses für die Hochschulen soll über Bildungsgutscheine an die Hochschulen verteilt werden. Diese Bildungsgutscheine liegen in den Händen der Studierenden und können bei allen Berliner Hochschulen – auch den staatlich anerkannten Hochschulen in privater Trägerschaft – eingelöst werden. Die Lehre wird hierdurch gegenüber der Forschung erheblich aufgewertet und die Hochschulen geraten auch zur eigenen Finanzierung in einen echten Wettbewerb.

In konsequenter Folge sollen sich Studierende ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierende frei wählen dürfen.

■ **Stiftungsuniversität**

Alle Berliner Hochschulen sollen ein hohes Maß an Freiheit und Autonomie vor staatlicher Bevormundung erhalten. Den Hochschulen sollen jedoch die Möglichkeiten eröffnet werden, sich ganz von staatlichen Fesseln zu befreien und von einer öffentlich-rechtlichen Hochschule in eine Stiftung oder eine andere privatrechtliche Rechtsform umzuwandeln. Dabei wird der Landesanteil der Finanzierung langfristig festgeschrieben und zusätzliche Möglichkeiten zur Finanzierung werden eröffnet.

Der Stiftungsuniversität werden die landeseigenen Immobilien übertragen und Mäzene können durch Zustiftungen die Wissenschaft erleichtert fördern.

■ **Universitätsmedizin / Charité**

Berlin hat mit der Charité das größte europäische Universitätsklinikum, das auch wissenschaftlich erheblich zum Profil des Wissenschaftsstandortes beiträgt. Nach unserer Auffassung ist eine leistungsstarke Universitätsmedizin nur dann möglich, wenn diese fest mit den anderen Wissenschaftsdisziplinen verbunden ist. Tendenzen, die Charité zu einer Medizinischen Hochschule umzuwandeln, werden von der FDP nicht unterstützt. Stattdessen soll das lebenswissenschaftliche Cluster in Berlin weiter fortentwickelt werden. Hierzu wird ein erheblicher Teil der aus dem Verkauf der Vivantes-Krankenhäuser zur Verfügung stehenden Mittel in eine Stiftung zur Förderung von medizinischer Forschung und Lehre in Berlin eingebracht. Gerade im Bereich des Wissenstransfers soll dieses Cluster beispielgebend für andere Disziplinen werden. Dabei soll auf den Erfahrungen der TU mit der Deutschen Telekom und ihren T-Labs aufgebaut werden.

■ **Wissenstransfer Forschung und Wirtschaft**

Wissenschaftlern der Berliner Hochschulen soll die Kooperation mit Unternehmen und die Gründung eigener innovativer Unternehmen erleichtert werden. Die Hochschulen und Forschungsinstitute sollen sie unterstützen und selbst profitieren können, indem es ihnen erleichtert wird, Anteile an solchen Unternehmungen zu halten. Haushaltsordnung und Rechnungshof sollen solche Beteiligungen sorgfältig und konstruktiv überwachen, dürfen aber keine Bremse bei der wirtschaftlichen Verwertung neuen Wissens sein.

Wissenstransfer gelingt am besten dort, wo Wissenschaft und Wirtschaft in unmittelbarer geografischer Nachbarschaft aufeinander treffen. Daher sollen der

Biotechnologiestandort Buch und der Technologiepark Adlershof ausgebaut und weiterentwickelt werden.

■ **Biotechnologiestandort Berlin**

Die gesetzlichen Restriktionen bei der Stammzellenforschung in Deutschland sollen gelockert werden. Das Potenzial dieser Forschung im Rahmen einer Ethik des Heilens darf nicht ungenutzt bleiben. Das Gentechnikgesetz und das Arzneimittelgesetz sollen forschungsfreundlicher gestaltet werden.

■ **Internationalisierung**

Die zuständigen Ausländerbehörden sollen ein Servicecenter mit zu diesem Zweck weitergebildeten Ansprechpartnern für Hochschulen und wissenschaftliche Forschungsinstitutionen einrichten, in dem sie ihre Dienstleistungen für Studierende und Wissenschaftler regelmäßig auch vor Ort anbieten. Dies ist ein kleiner Baustein, mit dem Berlin um die besten Köpfe aus der ganzen Welt werben will, die für unsere Stadt und unsere Hochschulen von erheblicher Bedeutung sind.

■ **Hochschulbau**

Die für den Hochschulbau zur Verfügung stehenden Mittel sollen auch dann nicht reduziert werden, wenn die Hochschulbauförderung durch den Bund ausläuft. International exzellente Wissenschaft braucht eine exzellente Infrastruktur.

■ **Standortmarketing**

Forschung und Wissenschaft sind große Stärken Berlins, die im Standortmarketing an hervorgehobener Stelle präsentiert und beworben werden sollen.

Sozial- und Gesellschaftspolitik

Liberaler Sozialpolitik schafft Freiräume für Selbstverantwortung. Nur wer frei von sozialer Not ist, kann seine Freiheitsrechte als Bürger wahrnehmen.

■ Was wir erreichen wollen

Die soziale Struktur unserer Gesellschaft soll von bürgerschaftlichem Engagement getragen werden. Staatliche Daseinsvorsorge soll sich auf die Grundbedürfnisse konzentrieren. Die sozialen Sicherungssysteme werden die Notwendigkeiten einer sich weiter individualisierenden und älter werdenden Gesellschaft nicht decken können. Berlin braucht Hilfe zur Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement.

■ Unsere Grundsätze in der Sozial- und Gesellschaftspolitik

Die Haltung zu Eigenverantwortung und Mitverantwortung ist entscheidend für die soziale Struktur der Stadt. Eigeninitiative entsteht nur dort, wo das Leben nicht von Anfang an durch staatliche Transfers geprägt ist. Mitverantwortung gedeiht vor allem dort, wo der Zusammenhalt der Generationen noch besteht.

Liberaler Sozial- und Gesellschaftspolitik will ein gesellschaftliches Klima der Eigenverantwortung und Mitverantwortung schaffen. Menschliches Einsteher für einander kann nie durch staatliche Leistungen ersetzt werden. Dort jedoch, wo Menschen sich – etwa aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes – nicht selbst helfen können, muss nicht nur ihr soziales Umfeld, sondern auch die Solidargemeinschaft für sie eintreten und ihnen helfen.

■ Konkrete Schritte

■ Selbsthilfe und Ehrenamt stärken

Alle Sozialleistungen sollen hinsichtlich ihrer Wirkung auf Förderung und Stärkung der Selbsthilfe und des Ehrenamtes überprüft werden. Dazu sollen insbesondere die Anreizsysteme umgestaltet werden. Vor allem Menschen, die zurzeit keine Beschäftigung haben, sollen Angebote unterbreitet werden, wie sie sich im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten engagieren und gegebenenfalls auch weiterqualifizieren können.

Zur Stärkung des Ehrenamtes und der freiwilligen Arbeit soll es für bürgerschaftliche Initiativen Sachkostenzuschüsse und kostenfreie Räume sowie ein begrenztes Kontingent von Tickets des ÖPNV geben. Die öffentliche Würdigung durch Preisverleihungen stärkt die Motivation.

■ Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft integrieren

Für eine barrierefreie Stadt für Menschen mit körperlichen und seelischen Behinderungen sollen bezirkliche Behindertenbeauftragte bei relevanten Entscheidungen gehört werden. Belange der Seh- und Hörbehinderten sind bei diesen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.

■ Gewalt an Kindern frühzeitig bekämpfen

Die Sozialarbeiter der Krankenhäuser mit Entbindungsstationen sollen mit den Jugendämtern eine feste Zusammenarbeit begründen, um frühzeitig eine Überforderung der Eltern und andere Probleme erkennen zu können.

■ Jugendgewalt frühzeitig bekämpfen

Freizeitangebote, die Jugendlichen ein positives Gruppenerlebnis geben, sollen zur Bekämpfung der Jugendgewalt unterstützt werden; Familien, die sich in ihrer Erziehungsaufgabe überfordert fühlen, sollen eine neutrale und anonyme Anlaufstelle erhalten.

■ Anreize für Sozialhilfeempfänger

Es muss sich lohnen, auf eigenen Beinen zu stehen oder sich etwas dazu zu verdienen. In Zukunft soll jeder Mensch aktive Beiträge in der Gesellschaft leisten können, mit denen er gleichzeitig seine eigene Lage verbessert. Das von den Liberalen geforderte Bürgergeld verbindet Besteuerung und Sozialhilfe und verhindert Willkür bei der Auszahlung ebenso wie Betrug.

■ Obdachlosigkeit vermeiden

Obdachlosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein soziales Problem. Sorgfältige Analyse der Ursachen und Zusammenhänge und eine speziell geförderte Kooperation der Schuldnerberatung mit den Sozialämtern und den Berliner Wohnungsbaugesellschaften sollen zu einer Verringerung der Obdachlosigkeit und einer Reintegration bereits obdachloser Personen in die Gesellschaft beitragen.

Parallel soll die medizinische Versorgung Obdachloser durch die Verbindung mit Ehrenamt und Initiative im Gesundheitsbereich verbessert werden.

■ **Schuldner- und Insolvenzberatung**

In allen Bezirken soll ein ausreichendes Angebot von Schuldnerberatungen sichergestellt werden.

■ **Entkriminalisierung des Drogengebrauchs**

An Schwerstdrogenabhängige sollen in einem kontrollierten Kontext Drogen abgegeben werden, um die Kriminalität zu reduzieren. Das Angebot für den ambulanten und stationären Entzug soll um effektive Straßensozialarbeit und niedrigschwellige Drogenkonsumräume erweitert werden.

■ **Schwule und Lesben**

Das in Berlin vorhandene Klima gesellschaftlicher Akzeptanz von Schwule und Lesben soll weiter gefördert werden. Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität diskriminiert werden. Die FDP Berlin bekennt sich ausdrücklich zu einer vollständigen gesetzlichen Gleichstellung von homosexuellen Lebensgemeinschaften und sieht den weiteren Einsatz für die Rechte von Schwulen und Lesben als Kernaufgabe liberaler Gesellschaftspolitik.

Familienpolitik

Familie ist für Liberale dort, wo Kinder sind. Familienpolitik ist liberale Zukunftspolitik.

■ **Was wir erreichen wollen**

Berlin wird kinderfreundlich – durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsstarke Kitas und Schulen, verbesserte Lebensräume und wirtschaftliche Perspektiven für Familien.

■ **Unsere Grundsätze in der Familienpolitik**

Das gesellschaftliche Klima in Berlin ist entscheidend. Eine kinderfreundliche Stadt fördert die Bereitschaft zur Familiengründung und stärkt die Fähigkeit zur Kindererziehung. Die Bedürfnisse von Kindern sollen bei jeder staatlichen Entscheidung mitbedacht werden.

■ **Konkrete Schritte**

■ **Kinder verstärkt berücksichtigen**

Dazu werden Kinder bei der Stadtplanung in allen Bereichen mit berücksichtigt. Spielplätze sollen ausgebaut und durch kontinuierliche Pflege sauber und attraktiv gehalten werden.

■ **Kinder in die Gesellschaft integrieren**

Kinderlärm führt wegen sehr einschneidender Lärmbestimmungen oft zu nicht sachgerechten Beschränkungen bei der Benutzung von Spiel- und Bolzplätzen – gerade am Wochenende, wenn Kinder am dringendsten spielen wollen. Wir brauchen hier eine wohlwollendere Handhabung zu Gunsten der Kinder, denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

■ **Unterstützung der Eltern durch Fortbildung**

Kindererziehung soll Sache der Eltern bleiben. Freie Träger der Jugendhilfe sollen es den Eltern im Vorfeld und begleitend erleichtern, diese Aufgabe kompetent wahrzunehmen – durch Qualifizierung (Schule), Angebote zur Erziehungshilfe sowie effektive Kontrolle (Jugendämter).

■ **Ganztagsbetreuung**

Kindergärten sind zunächst einmal Bildungseinrichtungen, die das Wohl des Kindes zu fördern haben. Sie sollen jedoch auch die Bedürfnisse der Eltern berücksichtigen, z. B. durch flexible Betreuungseinrichtungen.

■ **Schwerpunkt Migrantenfamilien**

Die Angebote zur Erziehungshilfe und Mütterkurse in Schulen sollen verstärkt auf die Situation und die Sprache der ausländischen Bevölkerungsteile zugeschnitten werden.

■ **Den Kinderschutz ausbauen**

Die Problemlagen junger Mütter müssen frühzeitig erkannt werden, um ihnen die notwendige Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Hebammen, Ärzte, Krankenhäuser und Jugendämter arbeiten Hand in Hand und bilden Netzwerke, damit Unsicherheit und Überforderungen frühzeitig erkannt werden (Düsseldorfer Modell).

Statt der Unkultur des Wegsehens brauchen wir aufmerksame Nachbarn und umsichtige Behörden. Die beteiligten Ämter müssen im Sinne eines Frühwarnsystems besser miteinander vernetzt werden. Es sollte in jedem Bezirk ein Regelkatalog für die Mitarbeiter im Umgang mit Verdachtsfällen von Kindesmisshandlungen und Verwahrlosung aufgestellt werden.

■ **Elternjahr für Vater und Mutter**

Die Ausgestaltung des Elternjahres soll spezielle Modelle enthalten, die beide Elternteile motiviert, das Elternjahr in Anspruch zu nehmen.

■ **Generationenübergreifende Politik gestalten**

Die Verantwortung der Generationen füreinander, vor allem im bürgerschaftlichen Engagement, ist zu stärken. Generationenübergreifende Wohnformen sollen in allen Bezirken Berlins ermöglicht werden.

Innenpolitik

Innenpolitik ist gerade in Zeiten realer oder empfundener Bedrohung ein sensibles Feld. Die FDP ist Garant für eine Gesellschaft, in der die Freiheits- und Bürgerrechte nicht zum Spielball aktueller politischer Stimmungen werden.

■ **Was wir erreichen wollen**

Liberaler Innenpolitik bedeutet, Sicherheit mit bürgerlicher Freiheit und dem Schutz der Persönlichkeit zu verbinden. Ein hohes individuelles Sicherheitsempfinden und die langfristige Verminderung der Gefahrenpotenziale sind Ziele der FDP.

■ **Unsere Grundsätze in der Innenpolitik**

Freiheit ist für Liberale das höchste Gut. Die FDP setzt sie daher – auch angesichts neuer Bedrohungen – nicht durch Populismus und vorschnelle Rezepte aufs Spiel. Die FDP bekämpft lieber die Ursachen von Kriminalität und Terrorismus, sie setzt auf eine rationale Bekämpfung von Bedrohungen für die Bürger.

■ **Konkrete Schritte**

■ **Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität / Verteidigung der Bürgerrechte**

Eine effektive Bekämpfung der Bedrohungen braucht keine neuen Gesetze, die die Freiheit der Bürger beschränken; die bestehenden Eingriffsrechte müssen nur angewandt werden. Vorhaben, die nicht effektiv und meist nur teuer sind oder Bürger unter Generalverdacht stellen, lehnt die FDP ab. Hierzu gehört eine ereignisunabhängige Videoüberwachung öffentlicher Plätze, die Aufweichung des Bankgeheimnisses und die geplante Speicherung aller Telekommunikationsdaten. Für die Bekämpfung des Terrorismus ist ein technisch wie personell angemessen ausgestatteter Verfassungsschutz essenziell. Das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei darf nicht weiter aufgeweicht werden. Die föderale Sicherheitsstruktur Deutschlands muss erhalten bleiben.

■ **Verständliches und handhabbares Datenschutzrecht**

Der Bürger soll selbst entscheiden, inwieweit er sich und seine Angelegenheiten anderen offenbart. Diese Freiheit soll durch ein handhabbares und verständliches Datenschutzrecht garantiert und gefördert werden. Das Recht des Bürgers auf Einsicht in die Akten der Berliner Verwaltung soll durch eine günstige Gebührenordnung unterstützt werden.

■ **Moderne Großstadtpolizei als Kernstück liberaler Innenpolitik**

Die Ausbildung der Polizeibeamten soll zeitgemäßen Ansprüchen genügen. Die Polizei soll bürgernah, effizient und gut ausgerüstet sein. Sie soll Präsenz auf den Straßen zeigen und für den Bürger ansprechbar sein. Die Dezentralisierung der Polizei sowie die Einrichtung von „Polizeiäden“ im Kiez sind zu verstärken.

Die Polizei soll dazu von allen Aufgaben entlastet werden, die nicht zu ihrem Kernbereich gehören, etwa von den Aufgaben des Objektschutzes oder des Abschiebegewahrsams, sofern nicht die originäre Ausübung von Hoheitsgewalt betroffen ist. In vielen vergleichbaren Bereichen können die Aufgaben der Polizei durch private Unternehmen übernommen werden.

Die Ausstattung der Polizei, bspw. mit Kriminaltechnik, Waffen, Gerätschaften, Digitalfunk und zweck- wie zeitgemäßen Uniformen, soll wesentlich verbessert werden.

Die Liberalen begrüßen die Förderung der Einstellung von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund, um die interkulturelle Kompetenz der Polizei zu stärken.

Kriminalitätsprävention

- Prävention ist vielfach Lokalpolitik, also Aufgabe der Bezirke und Jugendämter, sowie Aufgabe der Vereine und der vielen ehrenamtlich tätigen Bürger. Sie sollen in ihrer Arbeit durch den Senat unterstützt werden.

Kommunale Beiräte sollen in allen Bezirken eingerichtet werden, um den Dialog zwischen Polizei und Vertretern der Zivilgesellschaft zu fördern und zu koordinieren. Die beste Prävention bleibt eine liberale Politik, die den Menschen Lebenschancen eröffnet.

Kriminalität wirksam bekämpfen

- Kriminalitätsbekämpfung entfaltet ihre Wirkung am besten dort, wo die Strafe zeitnah zur Tat erfolgt. Daher soll das vereinfachte und verkürzte Verfahren bei Ersttätern und Bagatelldelikten ausgebaut und insbesondere im Jugendstrafrecht eine tatnahe Durchführung der Verfahren erreicht werden.

Starke Feuerwehr

- Die bestehende Personaldecke der Berliner Feuerwehr soll beibehalten werden. Die Werbung für den Dienst in der freiwilligen Feuerwehr soll gerade auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärkt werden.

■ **Korruptionsbekämpfung**

Beim Landeskriminalamt soll eine Internetplattform eingerichtet werden, auf der Korruptionshinweise anonym abgegeben werden können.

Der Aufbau und die Pflege von Korruptionsregistern soll von sorgfältigen Regelungen begleitet werden, um Auftragsbeschränkungen nachvollziehbar an Fälle und Vergehen knüpfen zu können. Damit soll vor allem sichergestellt werden, dass das Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter nicht die wirtschaftliche Zukunft der gesamten Unternehmung gefährdet.

Ehemalige Senatsmitglieder und Staatssekretäre sollen frühestens fünf Jahre nach Amtsende in die Geschäftsleitung von landeseigenen oder landesnahen Unternehmen wechseln dürfen.

■ **Gewalt gegen Frauen besser bekämpfen**

Berlin muss Menschenhandel und Zwangsprostitution mit einem eigenen Programm bekämpfen.

„Ehrenmorde“ müssen geächtet und mit aller Konsequenz verfolgt werden. Dazu soll Berlin die Bundesratsinitiative gegen Zwangsheirat unterstützen und sich für die Änderung des Aufenthaltsgesetzes engagieren.

Projekte, die Gewalt an Frauen bekämpfen, bleiben erhalten; Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen werden weiter unterstützt.

Rechtspolitik

■ Was wir erreichen wollen

Hauptziel liberaler Politik ist eine schnelle, bürgerfreundliche und effiziente Justiz für alle Bürger. Sie dient der Verwirklichung von Freiheit und der wirksamen Kontrolle der Verwaltung. Sie ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Die Qualität der Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor.

■ Unsere Grundsätze in der Rechtspolitik

Die FDP will die Justiz weiter modernisieren und mit einer größeren Unabhängigkeit ausstatten, die Verfahrensdauer muss verkürzt werden. Die Gerichte können von vielen Aufgaben durch Privatisierung entlastet werden. Die gesamte Gesellschaft muss ihre Verantwortung gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt wahrnehmen. Vornehmlichste Aufgabe des Strafvollzuges ist es, den Täter zu resozialisieren und damit die Gesellschaft zu schützen.

■ Konkrete Schritte

■ Modernisierung der Justiz fortführen

Hierzu gehört die Digitalisierung der Aktenführung, die Verbesserung des Onlineauftritts und die Ermöglichung des elektronischen Rechtsverkehrs. Änderungen des Instanzenzuges und des Rechtsmittelwesens in einer Form, bei der die effektive Kontrolle von Entscheidungen durch eine zweite Instanz erhalten bleibt, steht die FDP offen gegenüber.

■ Zahl der Richter und Staatsanwälte beibehalten

Die Dauer von Gerichtsverfahren (vor allem in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit) ist schon heute zu lang (z. Zt. durchschnittlich 17,8 Monate im erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsverfahren). Dadurch ist eine effektive Strafverfolgung, z. B. im Bereich der Wirtschaftskriminalität, gar nicht mehr möglich.

■ Effektiven Rechtsschutz wiederherstellen

Um den Berliner Bürgern und Unternehmen wieder effektiven Rechtsschutz zu gewähren und dem Land Berlin Anreize für eine ordnungsgemäße Ausstattung der Berliner Gerichte zu geben, fordert die Berliner FDP, dass Verwaltungs- und Sozialgerichtsverfahren nach einer vom Bürger nicht zu vertretenden und sachlich nicht begründeten Verzögerung der Verfahren von mehr als 6 Monaten nach den Anträgen des Bürgers als entschieden gelten.

■ Weitgehende finanzielle Eigenverantwortung der Gerichte

Die Gerichte sollen Budget- und Personalverantwortung erhalten. Dann können sie Neueinstellungen in Eigenregie durchführen und leistungsbezogene Komponenten der Vergütung vereinbaren. Die Gerichtsgebühren sollen dem Haushalt des einzelnen Gerichts zufließen und nach Gebührenarten aufgeschlüsselt werden. Durchführung einer darauf basierenden kontinuierlichen Kosten-Nutzen-Analyse.

■ Schlichten statt Streiten

Bei geringwertigen Streitigkeiten unter 750 Euro ist ein obligatorischer Streitschlichtungstermin einzuführen. Berlin muss von den Erfahrungen anderer Bundesländer lernen und die Anwendung der Mediation bei Gericht durch Richter verstärken.

■ Privatisierung des Gerichtsvollzieher- und Registerwesens

Zahlreiche Aufgaben der Rechtspflege und der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bspw. einvernehmliche Ehescheidungen, Verwahrung und Eröffnung von Testamenten und Erbverträgen sowie Teile der Registerdienstleistungen, sollen von den Gerichten auf die Notare übertragen werden.

Das Gerichtsvollzieherwesen soll durch hoheitlich beliehene freie Gerichtsvollzieher wahrgenommen werden, die sich mittels leistungsgerechter Gebühren selbst finanzieren.

Die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister soll auf Stellen außerhalb der Justiz verlagert werden.

■ Verbesserter Opferschutz

Bessere Ausstattung der Zeugenbetreuung, denn Unbeteiligte oder gar Opfer dürfen vor Gericht nicht allein gelassen werden. Förderung der stärkeren Anwendung des so genannten Adhäsionsverfahrens (Verbindung von Straf- und Zivilprozess) durch Fortbildung der Richter und Staatsanwälte, um Opfern weitere Gerichtsverfahren ersparen zu können.

■ **Schülergerichte (sog. Teen-Courts) gegen Jugendkriminalität**

Einrichtung der in Bayern äußerst erfolgreich arbeitenden Schülergerichte (Teen-Courts) als Modellversuch mit dem Ziel, kriminelle Karrieren schnell, effektiv und frühzeitig zu stoppen. Alternativ zum Gerichtsverfahren spricht ein zuvor ausgebildetes Gremium junger Schüler unter Begleitung und Betreuung der Staatsanwaltschaft mit dem gleichaltrigen Ersthilfenden ausführlich über die Tat (intensive Reflektion über Tatmotiv und Folgen der Handlung). Im Ergebnis werden Strafen wie Hausarrest, Wiedergutmachung oder Computerverbot vereinbart. Das schmerzt Täter meist mehr, als gerichtlich angeordnete Sozialstunden. Bei Anerkennung und Umsetzung des Urteils stellt die Staatsanwaltschaft ein mögliches Verfahren ein.

■ **Stärkung des offenen Vollzugs**

Der offene Vollzug ist nicht nur kostengünstiger als herkömmliche Vollzugsformen, sondern führt auch zu einer deutlich reduzierten Rückfallquote der Verurteilten. Daher soll zumindest zum Ende der Haftzeit der offene Vollzug zur Regel werden.

■ **Angemessene Haftbedingungen in den Berliner Haftanstalten**

Zur Entlastung der Berliner Haftanstalten sollen Alternativen zur Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen in Zusammenarbeit mit karitativen Einrichtungen ähnlich dem Zivildienst entwickelt werden.

Bei ausländischen Straftätern soll die Möglichkeit der Haftverbüßung im Herkunftsland stärker genutzt werden; der Vollzugsablauf soll optimiert werden.

Der Strafvollzug der Länder Berlin und Brandenburg soll kooperieren, um Unterkapazitäten in Berlin mit Überkapazitäten in Brandenburg auszugleichen. Ziel ist die Gründung eines gemeinsamen Justizvollzugsamts Berlin-Brandenburg. Der Strafvollzug muss sich auf die Herausforderungen des demografischen Wandels einstellen.

Integrationspolitik

Die Integration der Menschen aus verschiedenen Kulturen und verschiedener Nationalitäten in Berlin in die liberale Gesellschaft ist eine Schlüsselaufgabe der Politik in der globalisierten Welt. Parallelgesellschaften sind dabei ebenso inakzeptabel wie eindimensionale Leitkulturdebatten. Als weltstädtische Metropole kann sich Berlin Abschottung nach außen ebenso wenig leisten wie Ausgrenzung nach innen. Dabei sehen wir eine erfolgreiche Integrationspolitik als Chance der kulturellen Bereicherung und Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben.

■ **Was wir erreichen wollen**

Berlin soll bundesweit und international zum Vorreiter der Integration werden. Wir wollen ein Klima der Toleranz und die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes durch alle Menschen in Berlin. Deutsch ist die gemeinsame Sprache aller Bürger und Bürgerinnen der Stadt.

■ **Unsere Grundsätze in der Integrationspolitik**

Nur mit eigenem Bemühen und Investitionen der Zuwanderer in ihre sprachliche, soziale und berufliche Kompetenz besteht die Chance auf gesellschaftliche Integration. Hier muss die Politik fördern und fordern.

■ **Konkrete Schritte**

■ **Förderung der Sprachkompetenz und Vermittlung der Grundwerte**

Für Neueinwanderer, auch für nachziehende Ehepartner, werden verbindliche Sprachkurse und -tests eingerichtet. In diesem Rahmen werden auch Kurse zur Vermittlung der im Grundgesetz festgelegten Werte durchgeführt.

■ **Verhinderung und Auflösung von Parallelgesellschaften**

Der Schlüssel zur Verhinderung und Auflösung von Parallelgesellschaften ist die Qualifizierung junger Menschen mit Migrationshintergrund und Neueinwanderer. Der Spracherwerb ermöglicht eine erfolgreiche Teilnahme am deutschen Bildungssystem und ist daher von entscheidender Bedeutung für das Gelingen von Integration. Verantwortung für die Zukunft in einer freiheitlichen Gesellschaft kann nur übernehmen, wer gut ausgebildet ist.

■ **Umfassende Schulpflicht**

Schule muss als Ort der Integration verstanden werden. Auch beim Sportunterricht, speziell beim Schwimmunterricht, sowie beim Sexualkundeunterricht muss die Schulpflicht durchgesetzt werden.

■ **Einführung von Sprachmittlern**

In den Schulen sollen Hochschulabsolventen mit Migrationshintergrund als Sprachmittler eingesetzt werden. Aufgrund ihrer Zweisprachigkeit gelten sie als zentrale Ansprechpartner und Schlichter bei sprachbedingten Störungen und Konflikten für Migrantenkinder und auch für deren Eltern.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklungspolitik ist die Grundlage einer ganzheitlichen Gestaltung des Lebensraums „Stadt“.

■ **Was wir erreichen wollen**

Eine konsistente Stadtentwicklung ist für die Zukunft Berlins von zentraler Bedeutung. Ziel der Stadtentwicklungspolitik ist die Erstellung einer realistischen und fordernden Vision für die Stadt, an der sich alle anderen Politikfelder orientieren.

■ **Unsere Grundsätze in der Stadtentwicklungspolitik**

Berlin braucht für die entscheidenden Felder der Stadtentwicklungspolitik Pläne, in denen die langfristigen Ziele konkretisiert werden und wo aufgezeigt wird, wie Berlin diese unter den Bedingungen des demografischen Wandels Schritt für Schritt erreichen und finanzieren will. Die Stadtentwicklungspolitik muss einen entscheidenden Beitrag leisten, um den im internationalen Wettbewerb stehenden Standort Berlin zu stärken. Deshalb fordert die Berliner FDP eine strategisch ausgerichtete und wachstumsorientierte Stadtentwicklungspolitik. Nur so kann Berlin seine schwierige Wirtschafts- und Haushaltslage überwinden. Die zentrale Lage Berlins in Europa ist dafür die ideale Ausgangsbedingung.

■ **Konkrete Schritte**

■ **Berlin als Zentrum der Region**

Enge Zusammenarbeit mit Brandenburg auf regionaler und nachbarkommunaler Ebene; Aufbau enger wirtschaftlicher und kultureller Netzwerke mit den westpolnischen Regionen um Stettin und Posen.

■ **Bodenpolitik**

Durch eine effektive Bodenvorrats- und Bodenbereitstellungspolitik sollen brachliegende landeseigene Flächen oder solche, die umgenutzt werden können (Flächenreserven), systematisch erfasst, finanziell umfassend bewertet, in den Gesamtplan eingebettet und der Vermarktung zugeführt werden.

■ **Entwicklung und Stärkung von Schlüsselarealen**

Um die lokale Attraktivität und die Bündelung des Engagements der Privatwirtschaft zu steigern (Wohnen, Gewerbe, Industrie), sollen zunächst Schlüsselareale entwickelt werden. Zu nennen sind bspw. das Marienviertel am Fernsehturm

(Stärkung des Zentrums Alexanderplatz), das Areal am Anhalter Bahnhof (Stärkung des Zentrums Potsdamer / Leipziger Platz) und das Gelände am Gleisdreieck (innerstädtischer Sport- und Freizeitpark).

■ **Historische Mitte**

Dem Ausbau der historischen Mitte zwischen Potsdamer Platz und Alexanderplatz soll die Stadtentwicklung besondere Aufmerksamkeit widmen. Parallel ist die City West zu entwickeln. Im Einzelnen:

- „Planwerk Innenstadt“ weiterentwickeln und dann umsetzen,
- zügiger Wiederaufbau des Berliner Schlosses, mit anteiliger Finanzierung durch Private,
- beschleunigte bauliche Entwicklung des Alexanderplatzes,
- bauliche Vollendung des Kulturforums am Kemperplatz,
- langfristige Entwicklung des Areals an der Hertzallee (letzte bedeutende Flächenreserve der City West).

■ **Liberale Wohnungspolitik**

Langfristiges Ziel ist die kontinuierliche Erhöhung der Eigentumsquote.

Um einen stadtweiten Mietwohnungsmarkt zu schaffen, sollen bestehende Segmentierungen abgebaut werden und staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt reduziert werden, z. B. durch den Verzicht auf Gebietsfestlegungen nach dem Baugesetzbuch.

Berlin soll sich aus der Wohnungswirtschaft zurückziehen. Beteiligungen an Wohnungsunternehmen sollen sorgfältig und langfristig privatisiert werden.

Die Möglichkeiten zur Aussetzung von Belegungsrechten Berlins sollen ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere bei Wohnungsverkäufen.

■ **Maßnahmen gegen hohe Wohnnebenkosten**

Der Grundsteuerhebesatz wird auf das Brandenburger Niveau gesenkt.

Kalkulation, Kosten- und Gehaltsstruktur der staatlichen und halbstaatlichen Monopolbetriebe, wie Wasserbetriebe, Stadtreinigung und Energieversorger, werden offen gelegt, soweit ein gesunder Wettbewerb nicht möglich oder gegeben ist. Orientierung der Zielvorgaben am Standard der Privatwirtschaft.

■ **Quartiersmanagement überprüfen**

Die Finanzierung des „Quartiersmanagements“ soll sich an den Erfolgen in der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der betroffenen Gebiete orientieren. Durch eine transparente Kommunikation der Erfolge der Projekte werden Vergleichbarkeit und Wettbewerb gefördert.

■ **Freiheit in der Architektur**

Architektur als weithin sichtbarer Teil der Kultur braucht Freiheit des Gestaltens. Internationalität und Gestaltungsspielraum in der Architektur ist die eigentliche Berliner Bautradition. Die Stadtentwicklungspolitik soll diese Freiheit aktiv fördern.

■ **Grünanlagen erhalten**

Berlin braucht nicht mehr Grünflächen, sondern eine bessere Grünflächenunterhaltung. Dazu sollen die Grünflächen neu geordnet und stärker an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Für Anlagen und Einrichtungen in Parks sollen Nutzungsentgelte für besondere Nutzung kein Tabu sein.

■ **Vereinfachtes Bauen**

Das Bauen in Berlin soll erleichtert werden. Die Bauordnung soll mit dem Ziel reformiert werden, einen spürbaren Beitrag zur Deregulierung des Baunebenrechts zu leisten. Der Bauherr soll entlastet werden.

Verkehrspolitik

Verkehrspolitik ist die Suche nach dem richtigen Gleichgewicht von Mobilität, Verkehrssicherheit und Umweltschutz. Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

■ Was wir erreichen wollen

Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik verbindet die sachgerechte Instandhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit der Nutzung neuer Technologien und der Forderung nach einem Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre Stadt als Ort des Wohnens und Arbeitens, des Lernens und Erlebens.

■ Unsere Grundsätze in der Verkehrspolitik

Die Berliner FDP respektiert die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger bei der Auswahl der Verkehrsmittel. Autoverkehr und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) stehen nicht gegen einander, sondern ergänzen sich.

■ Konkrete Schritte

■ Langfristige Sicherung der Verkehrsinfrastruktur

Die Infrastruktur ist Teil der Stadtentwicklung und dient der langfristigen Daseinsicherung Berlins. Die Verkehrspolitik soll sicher stellen, dass die vorhandenen Verkehrsnetze auf einem aktuellen Stand gehalten und komplettiert werden können, so dass sie die ihnen jeweils zugedachte Verkehrsfunktion auch in Zukunft erfüllen können.

■ Ausgewogener Mitteleinsatz

Die verschiedenen Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ergänzen sich. Die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ist durch eine Angleichung der jeweils für die Verkehrsmittel eingesetzten Mittel an das Nutzungsverhältnis zu gewährleisten.

■ Freier Wirtschaftsverkehr

Die Hauptverkehrsstraßen sind einheitlich zu definieren und mit Ausbau- und Betriebsstandards zu versehen, die den gestellten verkehrlichen und umweltbezogenen Anforderungen Rechnung tragen. Diese sind einzuhalten, so dass 30 km/h-

Beschränkungen auf Hauptverkehrsstraßen unterbleiben bzw. wieder aufgehoben werden können.

■ Renaissance der Grünen Welle

Die Grüne Welle entlastet den Verkehr und die Umwelt. Sie soll zum Maßstab der Verkehrsleitung werden. Einschränkungen des freien Kfz-Verkehrs durch Busspuren am äußeren Fahrbahnrand und eine überzogene Parkraumbewirtschaftung sollen in ihrem Nutzen sorgfältig überprüft und abgewogen werden. Sie sollen nur dort aufrechterhalten werden, wo der Nutzen die Kosten übersteigt.

■ Selektive und begründete Parkraumbewirtschaftung

Die Parkraumbewirtschaftung soll keine versteckte Abgabenerhöhung sein. Sie soll Einwohner und Gewerbetreibende unterstützen. Deshalb sollen stadtweit Bewirtschaftungszonen maximal bis 19 Uhr gelten. Ferner soll in allen Bezirken eine kostenfreie Kurzparkzeit von 15 Minuten eingeführt werden (Brötchentaste).

■ Sicher Fahrradfahren

Die Anlage sicherer Radwege bei Verkehrsvorhaben im Straßenland soll angemessen berücksichtigt werden, vorrangig auf Fahrbahnen markiert. Auch hier soll die Konzentration auf dem tatsächlich bewirkten Nutzen im Vergleich zu den Kosten liegen. Dazu soll der Erfolg von Fahrradstreifen kontrolliert werden; der Umbau von Straßen in so genannte „Radfahrstraßen“ – wie im Falle der Linienstraße im Bezirk Mitte – soll unterbleiben. Kreuzungen sollen fahrradsicher gestaltet werden.

■ Sicher zu Fuß

Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Fußgängern sollen unterstützt werden: Radwege auf die Straßen verlegen, Verkehrsteilnehmer schulen, Verkehrsanlagen verbessern, Gehwege und Fahrzeugtechnik, weitere Rahmenbedingungen (bspw. Verkehrskontrollen, Rettungswesen, ÖPNV-Angebote).

■ Positionen zu den Berliner Flughäfen

- Entwicklung eines Ausbauszenarios für BBI zur Sicherung der Entwicklungsspielräume des Luftverkehrs in der Hauptstadtregion. Sorgfältige Gestaltung und langfristige Umsetzung eines seriösen Finanzierungskonzepts.
- Keine verfrühte Schließung des Flughafens Tegel; Bindung des Abwicklungsplans an die positive Entwicklung von BBI (ausreichende Kapazitäten schaffen).
- Tempelhof bleibt als City-Airport für Flugzeuge mit einem geringen Abfluggewicht (max. 50 t) erhalten und wird als spezieller Verkehrs- und Notfallflughafen der allgemeinen Luftfahrt sowie als Regierungsflughafen genutzt. Eine integrierte Nutzungs- und Vermarktungsstrategie für das Gesamtareal wird entwickelt.

■ Konkrete Straßenausbauvorhaben

- Vollständiger Ausbau der BAB 100 Stadtring Berlin.
- Ertüchtigung des Inneren Stadtrings („Kleiner Hundekopf“) für den Kfz-Verkehr, auch zur bedarfsgerechten Straßenerschließung des neuen Hauptbahnhofs.
- Nördliche Anbindung des Tiergartentunnels in Richtung Beusselstraße und südliche Anbindung in Richtung Sachsenamm.
- Aufnahme von Lärmschutzmaßnahmen an den Berliner Stadtautobahnen (bspw. AVUS) in den Bundesverkehrswegeplan.

■ Spezielle Maßnahmen im Bahnnetz

- Die Bahnhöfe Zoologischer Garten und Ostbahnhof bleiben als Haltepunkte für die auf der Stadtbahn verkehrenden ICE/IC-Züge erhalten.
- Der Regionalverkehr auf der Nordbahn, Heidekrautbahn (Abschnitt Wilhelmsruh-Schönerlinde), Kremmener Bahn („Prignitz-Express“) und Potsdamer Stammbahn im Stadtgebiet wird aufgenommen.
- Der Ausbau der Dresdner Bahn zur Anbindung des Flughafen BBI ist notwendig und wird begrüßt. Der Streckbau der Dresdner Bahn im Ortsteil Lichtenrade hat als Neubau den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend in einer baurechtlich einwandfreien Tunnelbauweise zu erfolgen.

■ Spezielle Maßnahmen im S- und U-Bahnbau

- Die S-Bahn von Spandau nach Falkensee wird verlängert, die S 21 vom Nordring zum Hauptbahnhof gebaut.
- Zweigleisiger Ausbau der S-Bahnstrecken nach Hennigsdorf, Potsdam und Lichtenrade.
- U-Bahnlinie U 5 Alexanderplatz-Hauptbahnhof mit Verlängerungsoption zum U-Bhf. Turmstraße und zum S-Bhf. Jungfernheide.

■ Verknüpfung von ÖPNV und Individualverkehr

Förderung des Ausbaus eines attraktiven und privat bewirtschafteten P+R-Angebots in den Außenbezirken und auf sonst geeigneten gut erschlossenen Flächen. Baurechtliche Zulassung zum Bau von Parkhäusern in den städtischen Zentren.

■ Grundlegende Reform des Berliner ÖPNV

Verzicht auf alle langfristigen Monopolverträge, wie bspw. den Tarifvertrag zwischen BVG und Ver.di (Bindung bis zum Jahr 2020) oder den Monopolvertrag zwischen Berlin und der S-Bahn Berlin GmbH (bis zum Jahr 2015).

Nach dem Vorbild Kopenhagens soll im Bereich des ÖPNV marktwirtschaftlicher Wettbewerb eingeführt werden. Die seit 1990 betriebene Nahverkehrsreform hat die öffentlichen Kassen um etwa 15 % (bezogen auf den Etatposten) entlastet und die Qualität des Nahverkehrs gleichzeitig verbessert.

Darüber hinaus soll in Berlin das elektronische Ticket im ÖPNV eingeführt werden; parallel dazu ein neues Tarifmodell, bei dem die Länge der Fahrtstrecke berücksichtigt wird. Hierdurch soll grundsätzlich das Prinzip der Leistungsäquivalenz berücksichtigt werden.

■ Berliner ÖPNV internationalisieren

Berlin ist eine internationale Metropole. Dem darf der Berliner ÖPNV nicht nachstehen. Deshalb fordert die Berliner FDP die Einführung der Zweisprachigkeit (Deutsch – Englisch) von Sonderdurchsagen in U- und S-Bahn sowie von wichtigen Hinweisschildern, so dass auch Touristen und internationale Gäste sich gut mit dem öffentlichen Nahverkehr in Berlin fortbewegen können.

Kulturpolitik

Kultur ist ein wichtiges Stück Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner. Sie ist Ausdruck einer selbstbewussten, liberalen Bürgergesellschaft. Das Vorurteil: Kultur koste nur Geld. Stimmt nicht! Berlin als Tourismushauptstadt und Wirtschaftsstandort profitiert erheblich von seinem kulturellen Angebot.

■ Was wir erreichen wollen

Berlin soll seine herausragende Position als deutsche Kulturhauptstadt sichern und ausbauen. Im Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolen soll Berlin ganz vorne mitspielen.

■ Unsere Grundsätze in der Kulturpolitik

Beibehaltung der Kulturförderung bei gleichzeitiger Förderung von Effizienz und Exzellenz durch Wettbewerb.

■ Konkrete Schritte

■ Effiziente Mittelverwendung, Transparenz und Wettbewerb

Die Zuweisung der Mittel an die Berliner Kulturinstitutionen soll anhand eines Katalogs kultureller als auch finanzieller Zielkriterien erfolgen. Für alle Leitungsebenen soll ein hoher Anteil des Gehalts an die Erreichung der Zielkriterien gekoppelt werden.

Diese Freiheit soll vom Senat durch langfristige Verträge und damit Planungssicherheit gefördert werden.

■ Bürgerengagement fördern

Förder- und Freundeskreise bilden einen wichtigen Teil des Berliner Kulturlebens. Der Senat soll deshalb alle Formen des Bürgerengagements angemessen durch öffentliche Anerkennung würdigen und unterstützen.

■ Die Offszene

soll unbürokratisch durch Infrastruktur und Räumlichkeiten unterstützt werden.

■ Opernstiftung auf den Weg bringen

Endlich das Konzept zentraler Werkstätten für Opern und Theater umsetzen, um effiziente Strukturen umsetzen zu können und den Investitionsstau abzubauen.

■ Juryentscheidungen und Evaluationen

sollen als Basis für die Mittelvergabe bei konzeptgeförderten Privattheatern beibehalten werden.

■ Die Gedenkstätte Bernauer Straße

soll zum Gedenken an die Opfer der Mauer weiter ausgebaut werden.

■ Die bestehenden Gedenkstätten

der Stadt sollen in Zukunft finanziell angemessen ausgestattet werden.

■ Die Berliner FDP fordert mehr Transparenz bei der Mittelvergabe des **Hauptstadtkulturfonds**.

■ Die **Kreativwirtschaft** als Teil der Kulturszene und des Wirtschaftslebens braucht liberale Rahmenbedingungen, um Impulse in die Stadt geben zu können.

Medienstandort Berlin

Berlin ist auf dem Weg zur Medienhauptstadt Deutschlands. Berlin steht dabei im Wettbewerb mit anderen Städten wie Köln, Hamburg oder München.

■ Was wir erreichen wollen

Wer in Deutschland Medien sagt, soll Berlin meinen.

■ Unsere Grundsätze in der Medienpolitik

Die rechtlichen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen und eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik müssen die Medienwirtschaft in Berlin unterstützen.

■ Konkrete Schritte

■ Spezielle Schritte im Bereich Musikwirtschaft

- Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Clubs und Veranstaltungsorte.
- Großzügige Auslegung prinzipieller Auflagen, vor allem aus Bau- und Lärmschutz; grundsätzliche Überprüfung aller Auflagen auf Notwendigkeit und Nutzen.

■ Spezielle Schritte im Bereich Rundfunk

- Vollständiges Werbeverbot für die öffentlich-rechtlichen Sender in TV, Radio und Internet.
- Konzentration des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf seine Kernaufgaben (Grundversorgung); Vermeidung von Konkurrenz zu Privatsendern; keine Berücksichtigung von Einschaltquoten.
- Vereinfachung der Vergabe von Sendefrequenzen bei Fernsehen, Radio und neue Medien.
- Freier Zugang für alle Radio- und TV Anbieter zu digitalen Netzen. Die Trennung von Netzbetrieb und Programm soll erhalten bleiben, um eine Monopolstellung der privaten Kabelnetzbetreiber zu vermeiden.
- Reduktion der Landesmedienanstalten von 15 auf maximal 8 Anstalten.

■ Umbau der Filmförderung

Zur Einführung einer effektiveren Erfolgskontrolle wird die Objektförderung auf eine Subjektförderung umgestellt: Die Förderung der Projekte ist an den Produzenten gebunden. Es besteht bei Förderung eine Pflicht zur Realisierung.

■ Spezielle Medien-Ansiedlungspolitik

Die Ansiedlungswerbung und Pflege von lokalen Medienunternehmen in der Hauptstadt wird durch die bestehende Substanz erheblich erleichtert und soll verstärkt werden. Die medienpolitische Zuständigkeit wird bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft konzentriert.

Gesundheitspolitik für Berlin

Die Entscheidung zur gesunden Lebensweise, zum gesundheitsbewussten Verhalten liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen. Liberale Gesundheitspolitik schafft die notwendigen Voraussetzungen, die dem Einzelnen die Wahrnehmung dieser Verantwortung ermöglichen.

■ Was wir erreichen wollen

Der Berliner Gesundheitsmarkt soll der Jobmotor des kommenden Jahrzehnts sein. Das geht nur, wenn das Gesundheitsangebot – Prävention, ambulante und stationäre Versorgung und Rehabilitation – zielgerichtet und nachhaltig ist. Gleichzeitig soll der Einsatz innovativer medizinischer Technologien die Gesundheitskompetenz Berlins stärken. Der Zugang zu medizinischen Leistungen muss für alle Bürger gesichert sein. Berlin muss seiner Verantwortung für den Schutz seiner Bürger nachkommen und gleichzeitig die Bereitschaft der Menschen, sich für ihre Gesundheit zu engagieren, steigern.

■ Unsere Grundsätze in der Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik geht selbstbestimmtes Handeln vor staatlicher Aufgabenerfüllung. Gesundheit soll deshalb auf allen Ebenen des privaten und beruflichen Lebens in die Erziehung und Bildung der Bürger einfließen. Bessere Bildung führt zu einer breiten Verbesserung der Gesundheit in der Bevölkerung.

Gesundheitsbewusste, gebildete Bürger sollen in einem freiheitlichen Gesundheitssystem selbst über ihren Versicherungsschutz, ihre Eigenbeteiligung und ihre Ärzte entscheiden können. Transparenz und Wettbewerb erhöhen die Leistungsfähigkeit des Berliner Gesundheitswesens in allen Sparten.

■ Konkrete Schritte

■ Reduzierung der öffentlichen Aufgaben

Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll grundlegend reformiert werden.

■ Privatisierung der landeseigenen Krankenhäuser

Verkauf der neun Klinikstandorte von Vivantes in wettbewerbsgerechten Einheiten.

■ Reform der Krankenhausplanung

Umsetzung des Prinzips der Versorgungssicherung und Beschränkung auf die wesentlichen Erfordernisse der Berliner Bevölkerung.

■ Sport und bessere Ernährungslehre als zentrale Präventionsmittel

Die Sportangebote in Kitas und Schulen (Sportpflicht) sollen ausgebaut und stärker mit den Angeboten der Vereine vernetzt werden.

In allen Schulen, soweit sie noch mit Lehrküchen ausgestattet sind, soll Unterricht in Kochen und Lebensmittelkunde stattfinden. Ziel ist es, alle Schüler wenigstens während eines halben Jahres in die Grundfertigkeiten des Kochens einzuführen. Eine Abwahl dieses Unterrichts sollte deshalb für die Schüler nicht möglich sein.

■ Impfungen als zentrales Vorsorgemittel

Der Impfschutz soll durch Impfprüfungen in Kitas, die Pflicht zur Vorlage des Impfstatus bei der Aufnahme in Kita und Schule und passende Informations- und Schulungsangebote verbessert werden.

■ Verbesserung der Sprachkompetenz

Die Früherkennung und -intervention bei Sprach- und Entwicklungsstörungen von Kindern soll durch verstärkte Vorsorguntersuchungen und kompetente sowie ergebniskontrollierte Angebote gefördert werden. Damit sind auch Maßnahmen zur Gewaltprävention verbunden.

■ Innovative Projektarbeit

Vor allem in den zukunftsrelevanten Bereichen Gesundheitsförderung und (praktische) Versorgungsforschung sollen neue PPP-Projekte angestoßen werden.

■ Stammzellenforschung

Im Rahmen der geltenden Bundesgesetze soll die embryonale Stammzellenforschung liberalisiert werden, um die Heilungschancen schwerstkranker Menschen zu verbessern (bspw. Multiple Sklerose, Leukämie, Herzinfarkt).

■ Hilfe zur Selbsthilfe

Für die Betreuung anvertrauter Dritter (Kinder, Pflegebedürftige) soll eine verpflichtende Weiterbildung in „Erster Hilfe“ eingeführt werden. Gleichzeitig ist für alle 16-jährigen Schüler ein Pflichtkurs „Erste Hilfe“ einzuführen.

■ **Prävention als Schwerpunktthema**

Suchtprävention und Gesundheitsförderung sollen in einer breit angelegten Initiative in Schulen und Unternehmen durch Information und Aufklärung gefördert werden. Schwangere sollen umfangreich über Maßnahmen zur Förderung der Kindergesundheit aufgeklärt werden.

Das Thema Aids / HIV soll in der Aufklärung im Schulunterricht vom Thema Homosexualität getrennt werden und durch eine eigenständige Behandlung im Rahmen des Sexualkundeunterrichts ersetzt werden. Der Sexualkundeunterricht selbst soll zukünftig bereits ab der 5. Klasse stattfinden.

■ **Chancen der Informationstechnologie**

Der Einsatz zeitgemäßer Instrumente zur Datenverarbeitung in der Gesundheitsversorgung birgt riesige Chancen. Auf Basis der absoluten Sicherung der selbstbestimmten Informations- und Datenhoheit des Patienten sollen diese Chancen für eine verbesserte Qualität und ein besseres Controlling der Kosten konsequent genutzt werden.

■ **Wettbewerb durch Transparenz**

Vorbereitend und begleitend zu einer grundsätzlichen Reform des Gesundheitswesens sollen die ambulanten und stationären Leistungen und Kostenfaktoren anhand einheitlicher Bewertungsmaßstäbe erhoben und transparent gemacht werden (Qualitätswettbewerb).

■ **Im Pflegebereich**

muss die Ausbildung verbessert und die Pflegequalität aufgrund einheitlicher Standards kontrolliert werden.

■ **Therapeutische und Demenzwohngemeinschaften** müssen gefördert werden.

■ **Verbesserung des Seuchenschutzes**

der Berliner Bevölkerung und Festschreibung in einem Seuchenschutzplan mit dem Ziel, die Empfehlungen der WHO umzusetzen.

■ **Hospizarbeit ausbauen**

Das Angebot an stationären Hospizbetten muss weiter ausgebaut werden. Alle Krankenhäuser sollten eigene Hospizdienste unterhalten und eng mit den ambulanten Diensten zusammenarbeiten. Die Ausbildung ehrenamtlicher Sterbebegleiter soll weiter gefördert werden.

Umwelt- und Energiepolitik

Liberaler Umweltpolitik setzt auf technischen Fortschritt und Forschung. Was ökologisch sinnvoll ist oder was ein längst überholter „Öko-Mythos“ ist, entscheiden Liberale aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ein Ineinandergreifen von Ökonomie und Ökologie führt zu besseren Ergebnissen im Umweltschutz.

■ Was wir erreichen wollen

Berlin soll eine lebenswerte Stadt mit einer gesunden Umwelt, sauberer Luft, unbelastetem Wasser und geringem Lärm sein. Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch eine gesicherte, umweltverträgliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen.

■ Grundsätze in der Umwelt- und Energiepolitik

Wichtig ist für die FDP die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts für einen besseren und effizienten Umweltschutz. Ökologie und Ökonomie sollen so ineinander greifen, dass bessere Ergebnisse im Umweltschutz erzielt werden. Umweltpolitik, die ausschließlich auf immer schärfere Grenzwerte setzt, gefährdet die wirtschaftliche Stabilität im bundesweiten und internationalen Wettbewerb. Vielmehr setzt die FDP auch auf marktwirtschaftliche Instrumente und technischen Fortschritt und damit auf einen doppelten Nutzen: Die Verbesserung der Umweltsituation und die Schaffung neuer wirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen. Dasselbe gilt für die Energiepolitik. Sie muss Anreize zur effizienteren Nutzung der Energie schaffen – nicht nur im Verbrauch, sondern bereits in der Gewinnung und beim Transport.

Beiden Bereichen gemeinsam ist das Prinzip der Transparenz. Nur wenn allen Beobachtern objektiv die Relationen zwischen Aufwand und Nutzen, die Kosten und die potenziellen Beeinträchtigungen der Umweltqualität dargestellt werden, können die richtigen Entscheidungen auch dezentral getroffen werden.

■ Konkrete Schritte

■ Schaffung eines Berliner Umweltgesetzbuches

Dieses Gesetzbuch schafft Transparenz in der Umweltpolitik und der Umweltbilanz für Bürger und Unternehmen in Berlin.

■ Erstellung und kontinuierliche Pflege eines Berliner Umwelthandbuchs

Es soll die wichtigsten Verwaltungsvorschriften bündeln und den Bürgern und Unternehmen die Übersicht erleichtern. Überflüssige Vorschriften sollen auf

diesem Weg abgeschafft werden, Verwaltungsvorschriften sollen vereinheitlicht und verschlankt werden.

■ Umweltschutz als Standortfaktor

Eine gesunde Umwelt ist für Berlin ein wichtiger Standortfaktor, damit Menschen nach Berlin kommen bzw. mit ihren Familien auch in Berlin bleiben.

Die Berliner Umweltwirtschaft soll weiter gestärkt werden (ca. 3 Mrd. Euro Umsatz pro Jahr mit ca. 17.000 Beschäftigten). Politisch muss die Osterweiterung der EU genutzt werden, um die Leistungsfähigkeit dieses weitgehend mittelständischen Innovationsmotors für den Export von Leistungen, Know-how und Produkten zu nutzen.

Die Umweltkompetenz der Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen soll für das Standortmarketing genutzt werden.

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen ermutigt und unterstützt werden, sich Drittmittel für den Umweltbereich zu erschließen.

■ Kernpunkte für eine bessere Abfallwirtschaft

- Privatisierung von Straßenreinigung und Hausmüllentsorgung. Mehr Wettbewerb in diesem Sektor wird das Preis-Leistungs-Verhältnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Das Monopol der BSR soll abgeschafft werden.
- Es ist endlich ein Abfallkonzept zu entwickeln, das die ordnungsgemäße Entsorgung des Berliner Abfalls zu wettbewerblichen Konditionen langfristig sicherstellt.
- Das System der Mülltrennung soll für die graue und gelbe Tonne im Lichte moderner maschineller Sortiertechniken überprüft werden.
- Mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Abfallwirtschaftsraums sollen Kooperationen mit brandenburgischen Kommunen vertieft werden.

■ Verbesserung der Wasserversorgung

Auch in diesem Bereich ist Wettbewerb der Schlüssel zur Effizienz. Für eine Senkung der Wasserver- und Wasserentsorgungspreise muss privaten Anbietern, unter gleichen Bedingungen wie staatlichen, die Möglichkeit gegeben werden, diese Aufgaben zu erledigen. Langfristig soll der Anschluss- und Nutzungszwang abgeschafft werden.

■ Umgang mit dem Grundwasser

Das Grundwasserentnahmeentgelt soll abgeschafft werden.

Die Kanalisation soll auf Dauer in ganz Berlin ein Trennsystem erhalten, in der das Regenwasser gesondert geführt wird.

■ Die Qualität der Luft

Nur ein integriertes Gesamtkonzept, das auch die Verminderung von Feinstaubemissionen auf Baustellen, technische Maßnahmen an Straßen sowie Reifen zur Verringerung des Abriebs und den verstärkten Hausbrandanteil an der Feinstaubbelastung erfasst, kann Erfolg haben. Eine Subvention von Feinstaubfiltern lehnt die FDP ab, da der freiwillige Einbau bereits erfolgreich war und der staatliche Zuschuss an anderer Stelle nützlicher erscheint.

Die aktive Förderung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu den Ursachen und Quellen von Feinstaub statt der kurzfristigen Aktionspläne des Senats ist erforderlich, um das Problem anzugehen.

■ Effektiver Lärmschutz

Im Bereich der Lärmemissionen stehen wir für einen vernünftigen Ausgleich der Interessen und für Konfliktmanagement. Sinnvolle, technische Lösungen im Lärmschutz zu fördern, halten wir für effektiver als neue Verbote zu schaffen.

■ Graffiti-Bekämpfung

Hier muss durch eine konsequente Verfolgung dieser neuerdings als Straftat klassifizierten Sachbeschädigung diese visuelle Umweltverschmutzung zurückgedrängt werden.

■ Naturschutz und Stadtgrün

Ein wirksamer Naturschutz, dem sich alle verpflichtet fühlen sollen, muss im Bewusstsein der Menschen verankert sein und in erster Linie von den Bürgerinnen und Bürgern selbst erfolgen.

Anlass zu staatlichem Eingreifen bieten aber ausnahmsweise Aktivitäten, die den Naturhaushalt gefährden oder schädigen.

Die Grünpflege der Stadt soll von Privaten erledigt werden.

Die Grünflächenämter sollen abgeschafft werden; die öffentliche Hand soll sich auf die Vergabe der Aufträge, das Setzen von Rahmenbedingungen und die Kon-

trolle von deren Einhaltung beschränken.

Spielflächen brauchen in besonderer Weise Sauberkeit. Dies ist bei der Vergabe an Private vorrangig festzulegen.

Um Parks nicht unverhältnismäßig zu belasten, müssen ausgewiesene Grillflächen geschaffen werden.

Um die artgerechte Haltung von Hunden zu ermöglichen, sollen neben den großen Hundauslaufgebieten, deren Ausweitung zu prüfen ist, vermehrt auch kleine dezentrale Auslaufflächen ausgewiesen werden.

Gleichzeitig soll es privaten Firmen ermöglicht werden, Tütenspender als Maßnahme gegen Hundekot aufzustellen.

Ehrenamtliche Initiativen im Bereich Naturschutz und Parkpflege sollen unterstützt und durch Preise geehrt werden. Die Idee des „Hauptstadtkongresses“, ein Kontingent an Jahreskarten für den ÖPNV für hervorragendes bürgerschaftliches Engagement abzugeben, ist eine beispielhafte Maßnahme zur Würdigung dieses Einsatzes.

■ Energieversorgung

- Ein fairer und echter Wettbewerb unter den Anbietern soll für Effizienz und angemessene Strom- und Gaspreise sorgen. Um die Durchleitungsentgelte für Strom und Gas auch in Berlin zu senken, erwartet die FDP von der Bundesnetzagentur wettbewerbsfördernde Maßnahmen.
- Verstärkte Aufklärung durch Energiemanager, z. B. in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden, zur konsequenten Durchsetzung eines sparsamen Umgangs mit Energie.
- Verstärkter Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung ist gerade im großstädtischen Bereich sinnvoll.
- Vermietung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Installation von Kollektoren und Photovoltaik in privater Trägerschaft; Energieparks privater Anbieter sollen möglich sein.

Verwaltungspolitik

Das Rückgrat staatlichen Handelns ist eine effektiv und effizient arbeitende Verwaltung.

■ Was wir erreichen wollen

Ziel der FDP ist eine Verwaltung, die wirksam und leistungsfähig ist und ihre Dienstleistungen möglichst kostengünstig erbringt. Die Verwaltung muss transparent arbeiten und unter einer starken demokratischen Kontrolle stehen. Sie soll nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert sein, um bürgernahe und sachgerechte Entscheidungen zu ermöglichen.

■ Unsere Grundsätze in der Verwaltungsreform

Diesen Zielen kann die Verwaltung nur gerecht werden, wenn sie sich auf die staatlichen Kernaufgaben beschränkt. Berlin benötigt eine grundlegende Verwaltungsreform. Ziel ist es, den Aufwand für Personal erheblich zu reduzieren, um stattdessen mehr Mittel für die aktive Gestaltung der Stadt einzusetzen zu können.

■ Konkrete Schritte

■ Konzentration des Landes Berlin auf seine Kernaufgaben

Ziel ist es, in einem transparenten und offenen Prozess die Aufgaben Berlins im Länder- und internationalen Vergleich auf den Prüfstand zu stellen: Sind sie überhaupt nötig, sind sie in diesem Umfang nötig, stehen sie in der richtigen Relation zu den dafür aufgewendeten Mitteln?

Nach Möglichkeit sollen staatliche Aufgaben auf Freie Träger und privatwirtschaftliche Unternehmungen übertragen werden. Das direkte wirtschaftliche Engagement des Landes soll durch Privatisierung der Landes- und Eigenbetriebe sowie durch den Abbau von Beteiligungen der öffentlichen Hand an Wirtschaftsunternehmen reduziert werden.

Die Haupt- und Bezirksverwaltungen sind an den reduzierten Aufgabenumfang anzupassen.

■ Stärkung der politischen Teilhabe der Bürger

Die politische Teilhabe der Bürger soll gestärkt werden: Volksentscheide sollen einfacher werden. Die Verhältniswahl soll durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens von Stimmen stärker personalisiert werden, so dass auch einzelne Kandidaten auf Bezirks- und Landesebene gewählt werden können, ohne

die Listenaufstellung der Parteien berücksichtigen zu müssen. Die Bezirkstadträte sollen durch die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) frei gewählt („politisches Bezirksamt“) und die Bezirksbürgermeister direkt gewählt werden. Die BVV sollen erweiterte Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Aufgabenbereichen der Verwaltung erhalten, die sie kontrollieren. Die kommunalen Planungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden.

■ Modernisierung des Öffentlichen Dienstes

- Laufbahnen sollen flexibilisiert, das Leistungsprinzip in der Verwaltung gestärkt werden. Diesem Ziel soll die Einführung leistungsabhängiger Gehaltskomponenten dienen. Das Berufsbeamtentum soll auf die hoheitlichen Bereiche reduziert werden. Das Berliner Personalvertretungsrecht soll auf das verfassungsmäßige Maß reduziert werden.

■ Eindeutige Zuständigkeiten

- Das Zusammenspiel zwischen Senat und Bezirksverwaltungen ist durch Doppelzuständigkeiten und enge Verflechtungen charakterisiert. Durch Schaffung eindeutiger und abschließender Zuständigkeiten soll die Verantwortlichkeit der Handelnden für den Bürger sichtbar und die Effizienz erhöht werden. Die Bezirke sollen alle kommunalen Aufgaben Berlins eigenverantwortlich wahrnehmen (bspw. Bauleitplanung, Jugendpflege, lokale Kultur- und Bildungseinrichtungen). Dem Land obliegen lediglich die Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung, wie bspw. Innere Sicherheit, Flächennutzungsplanung, die Bauleitplanung für die hauptstadtrelevanten Gebiete oder das Standortmarketing Berlins.

■ Wettbewerb der Bezirke

- Die Bezirke müssen einen Anreiz haben, eine möglichst investitionsfreundliche Politik zu betreiben. Die Mittelausstattung der Bezirke ist daher auf der Grundlage nachvollziehbarer und objektiver Kriterien neu zu ordnen. Ferner sind den Bezirken Haushalte mit eigenen Einnahmen und Ausgaben zu ermöglichen, die durch die BVV beschlossen werden. Es gilt das Konnexitätsprinzip: Entscheidungs- und Finanzverantwortung müssen zusammengeführt werden.

■ Bürokratieabbau

Das Schlagwort Bürokratieabbau soll greifbar gemacht werden, indem es an konkrete und messbare Ziele geknüpft wird. Bürger und Unternehmen sollen spürbar entlastet werden. Die Verwaltung soll als Unterstützung und als Dienstleister für den Bürger wahrgenommen werden.

■ Kostentransparenz

Die Umstrukturierung der Finanzverwaltung vom überholten Prinzip der Kameralistik zum System der Kaufmännischen Buchführung soll beschleunigt werden. Berlin muss wissen, welche Leistungen welche Kosten verursachen. Wie für die Bezirke sind auch für die Hauptverwaltung Systeme zur Kostentransparenz und Effizienzkontrolle der einzelnen Leistungen einzuführen. Die Ergebnisse der jeweiligen Analysen sollen regelmäßig publiziert werden.

Metropolregion Berlin

Berlin ist keine Insel mehr. Die spezielle Lage mitten in Brandenburg bringt das Thema einer Länderfusion immer wieder auf die Tagesordnung. Als Hauptstadt repräsentiert Berlin die gesamte Nation und ihre Bürger. Daher bedarf es des Dialogs mit den Bürgern aller Bundesländer zur Rolle der Hauptstadt, denn wir stehen in der Verantwortung aller Deutschen.

■ Was wir erreichen wollen

In der kommenden Legislaturperiode sollen die Planungen in Richtung eines gemeinsamen Bundeslandes konsequent fortgesetzt werden, um die Kräfte zu bündeln und Strukturen zu verschlanken.

■ Berlin als Bestandteil der Metropolregion weiterentwickeln

Die Grundsätze für ein Leitbild der Metropolregion in der Mitte Europas sind für die FDP:

- Offen zur Welt und gegenüber Neuem
- Führend in Kultur und Wissenschaft
- „Spitze“ in Bildung und Infrastruktur
- Wagemutig in Wirtschaft und Arbeit
- Unbürokratisch in Recht und Verwaltung

Das Leitbild soll auf die schöpferische Kraft des Menschen setzen, auf dessen Fähigkeit, seine Umwelt immer wieder nach den Erfordernissen neu zu gestalten. Insofern stellt sich die FDP gegen die missbräuchliche Verwendung des Begriffs der „Nachhaltigkeit“, wenn dessen Verwendung Ausdruck von Gesellschafts- und Kulturpessimismus, ein versteckter Appell an die Krisenangst des Einzelnen, ein Betätigungsfeld für die Bürokratie und oft nur Ausdruck strukturkonservativer Haltung ist, die die Entwicklung der Metropole lähmt.

■ Konkrete Schritte

■ Länderfusion vorantreiben

Solange die Fusion nicht Wirklichkeit ist, soll Berlin die Chancen der gesamten Region dennoch nutzen, indem wesentliche politische und wirtschaftliche Maßnahmen mit Brandenburg abgestimmt und in möglichst großem Umfang einzelvertraglich mit Leben erfüllt werden (bspw. Obergerichte, Justizvollzug, gemeinsame Wirtschaftsförderung, allgemeine Rechtsangleichung).

Die Berliner Landespolitik muss am Fusionsziel festhalten, aber unter Würdigung der wirtschaftlichen Situation der Stadt die Eigeninteressen Berlins stärker in den Vordergrund stellen. Dies betrifft insbesondere die nachhaltige und solide Finanzierung eines gemeinsamen Bundeslandes sowie die Rolle Berlins als Bundeshauptstadt.

Eine gelungene Fusion der beiden Länder wäre ein Meilenstein der Reform der bundesstaatlichen Ordnung und ein Beweis dafür, dass Länderneugliederungen möglich sind. Sie hätte Signalwirkung.

■ **Regionalverband schaffen**

Die regionale Zusammenarbeit zwischen Berlin und den Kommunen im Berliner Umland soll zu einem Regionalverband ausgebaut werden, der eine gemeinsame Flächennutzungsplanung, Wirtschaftsförderung, Raumplanung, Verkehrs- und Tourismuspolitik ermöglicht.

Stichwortverzeichnis

Abfallwirtschaft	55	City West	40	Gedenkstätten	47	Jugendhilfe	29
Adlershof	25	City-Airport	44	Genehmigungsverfahren	9	Jugendstrafrecht	32
Alexanderplatz	40	Clubs und Diskotheken	48	Gentechnikgesetz	25	Justiz	34
Altersteilzeit	14	Datenschutz	31	Gerichte	34	Kameralistik	60
Ansiedlungspolitik	8	Deregulierung	9	Gerichtsvollzieher	35	Kaufmännische Buchführung	60
Anzeigeverfahren	9	Dresdner Bahn	44	Gesellschaftspolitik	26	Kinder	16, 29
Arbeitsmarktpolitik	12	Drogenpolitik	28	Gesundheitsförderung	52	Kinderschutz	30
Arbeitsplätze	8	Düsseldorfer Modell	30	Gesundheitspolitik	50	Kita	16
Architektur	41	Ehrenamt	26	Gewalt an Kindern	27	Korruptionsbekämpfung	33
Arzneimittelgesetz	25	Ehrenmorde	33	Gewerbesteuer	10	Krankenhausplanung	50
Bankgeheimnis	31	Ein-Euro-Jobs	8	Girl's Day	19	Kriminalität	31, 32
Bauordnung	41	Elternjahr	30	Graffiti	56	Kulturforum	40
Beamtentum	59	Elternwille	18	Grundsteuer	11, 40	Kulturpolitik	46
Behinderung, Politik für Menschen mit Behinderung	18, 27	Energiepolitik	54	Grundwasserentnahmeentgelt	56	Kündigungsschutz	12
Berufungsrecht	22	Energieversorgung	57	Grüne Welle	43	Länderfinanzausgleich	15
Beschäftigungssicherungsgarantie	14	Erzieherausbildung	20	Grünflächen	41, 56	Länderfusion	61
Betriebsbedingte Kündigungen im ÖD	14	Ethikunterricht	19	Haftanstalten	36	Lärmschutz	56
Betriebsverfassungsgesetz	12	Fahrradfahren	43	Handelsregister	35	Lebenslanges Lernen	21
Bezirke	58	Familienpolitik	29	Hauptstadtkulturfonds	47	Lehrerbildung	19
Bezirksverwaltung	58	Feinstaub	56	Hauptverwaltung	58	Lernschwächen	18
Bildungsgutscheine	23	Feuerwehr	32	Haushaltskonsolidierung	13	Lesben	28
Bildungspolitik	16	Filmförderung	49	Hochbegabte	18	Lohnnebenkosten	12
Biotechstandort Buch	25	Flughäfen	44	Hochschulautonomie	22	Medienpolitik	48
Bodenpolitik	38	Flughafen Berlin Brandenburg		Hochschulbau	25	Mehrwertsteuer	11
Boy's Day	19	International (BBI)	9, 44	Hochschulen in privater Trägerschaft	23	Menschenhandel	33
Brandenburg	61	Flughafen Tegel	44	Hochschulpolitik	22	Metropolregion	61
BSR	55	Flughafen Tempelhof	9, 44	Hochschulverträge	23	Migration	37
Bundesagentur für Arbeit	12	Förderprogramme	8	Homosexualität	28	Musikschule	21
Bürgergeld	27	Frauenhäuser	33	Hospiz	53	Musikwirtschaft	48
Bürgerrechte	31	Freie Schulen	18	Hundeauslaufgebiete	55	Mütterkurs	30
Bürokratieabbau	60	Freiwilligen Arbeit	26	Impfschutz	51	Naturschutz	56
BVG	45	Frührenten	14	Innenpolitik	31	Obdachlosigkeit	27
Chancengerechtigkeit	16	Frühverrentung	14	Integrationspolitik	37	Offener Vollzug	36
Charité - Universitätsmedizin Berlin	24	Ganztagsbetreuung	30	Jugendämter	30	Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)	50
		Ganztagschulen	19	Jugendgewalt	27	Offszenen	46

Ökologie	54	Schulranking	16
Opernstiftung	46	Schulsanierung	19
Opferschutz	35	Schwule	28
ÖPNV	44	Senioren	30
Park & Ride	45	Sexualkundeunterricht	52
Parkraumbewirtschaftung	43	Sozialhilfeempfänger	27
Personalabbau	14	Sozialpolitik	26
Personalkosten	14	Spielplätze	57
Personalvertretungsrecht	59	Sprachkompetenz	50
Pflege	52	Sprachkurse	37
Planwerk Innenstadt	40	Sprachmittler	38
Politisches Bezirksamt	59	Stadtentwicklung	39
Polizei	32	Stammzellenforschung	25, 50
Prävention	32	Standortfaktoren	10
Privatisierung	10, 14	Standortmarketing	10, 25
Public-Private-Partnership (PPP)	10	Start-Klasse	17
Quartiersmanagement	41	Stiftungsuniversität	24
Radwege	43	Strafvollzug	36
Recht auf Unterricht	17	Straßenausbau	44
Rechtspolitik	34	Studiendarlehen	23
Rechtsschutz	34	Studienentgelte	23
Regionalverkehr	44	Subsidiaritätsprinzip	58
Religionsunterricht	19	Tarifverträge	12
Rundfunk	48	Teen-Courts (Schülergerichte)	36
S-Bahn Berlin	45	Terrorismusbekämpfung	31
Schienenverkehr	44	Umweltgesetzbuch	54
Schlichtungsverfahren	35	Umweltpolitik	54
Schloss	40	Umweltwirtschaft	55
Schulassistent	20	Unternehmensbesteuerung	10, 11
Schuldner- und Insolvenzberatung	28	Unternehmensgründung	8
Schule	16	Unterrichtsausfall	17, 18
Schuleingangsuntersuchung	17	Vereinbarkeit	19, 29
Schülerkostensätze	18	Vereinsregister	35
Schulleiter	20	Verfassungsschutz	31
Schulpflicht	38	Verkehrspolitik	41

Verwaltungspolitik	58
Vivantes	24, 50
Volksentscheid	58
Volkshochschule	21
Vorschulische Bildung	7, 17
Wasserversorgung	55
Wirtschaftspolitik	8
Wirtschaftsverkehr	42
Wissenschaftspolitik	22
Wissenschaftsstandort	22, 24
Wissenschaftstarifvertrag	22
Wissenstransfer	24
Wohnungspolitik	40
Zufluchtswohnungen	33
Zukunftsbranchen	9
Zwangsprostitution	33